



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

# **Geschäftsbericht des Bundesrates 2009**

## **Band II**



10.001 / II

## **Geschäftsbericht des Bundesrates 2009 – Band II**

Bundesratsbeschluss vom 17. Februar 2010

Einleitung .....	3
Bundeskanzlei .....	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten.....	7
Departement des Innern.....	18
Justiz- und Polizeidepartement .....	26
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	32
Finanzdepartement.....	43
Volkswirtschaftsdepartement.....	50
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation .....	61

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei  
ISSN: 1663-1277  
Art.-Nr. 101.131.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern  
[www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch)  
Publiziert auch im Internet: [www.admin.ch](http://www.admin.ch)

## Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates: Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert: Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen.

### Zeichenerklärung:

\* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2009

## Bundeskanzlei

### Ziel 1: Optimale Erfüllung der Stabsaufgaben

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Qualität der Produkte und der bestehenden Instrumente sowie deren laufende Anpassung an sich verändernde Anforderungen sind gesichert.**

Die notwendigen Vorkehrungen zur Sicherstellung einer hohen Produktequalität sind getroffen. Die bestehenden Instrumente zur Erfüllung der Stabsaufgaben werden laufend angepasst und/oder optimiert, teilweise neu eingeführt (elektronische Geschäftskontrolle in Ergänzung zu GEVER). Die Voraussetzungen zur Zielerreichung haben sich in den letzten Monaten als variabel erwiesen. Der Anpassungsbedarf ist entsprechend hoch.

- ▶ **Ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Bundeskanzlei (mit den Bereichen Personensicherheit, Infrastrukturen/Anlagen, Daten- und Informationsschutz, Informatik- und Datensicherheit, Risikomanagement) ist erstellt und umgesetzt.**

Das umfassende Sicherheitskonzept wurde mit allen genannten Modulen erstellt und von der Geschäftsleitung BK genehmigt. Da die Genehmigung mit Verspätung erfolgte, wird sich die Umsetzung ins nächste Jahr hineinziehen. Die finale Umsetzung ist in den Zielen 2010 erfasst.

### Ziel 2: Wichtige Fortschritte auf dem Weg zu E-Government

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die laufenden Versuche für Vote électronique sind in kontrollierter Weise weiter ausgebaut.**

Im September 2009 konnten im Kanton Genf erstmals alle Auslandschweizer Stimmberechtigten von Vote électronique Gebrauch machen, und im November 2009 beherbergte Genf zusätzlich erstmals die Baselstädter Auslandschweizerinnen und -schweizer auf seinem Vote électronique-System. In beiden Kantonen zeigten die Auslandschweizer Stimmberechtigten dabei auch ein ausgesprochen starkes Interesse und nutzten die neue Möglichkeit der Stimmabgabe überdurchschnittlich stark. Die Kantone Bern, Luzern, Uri und Waadt haben ebenfalls ihr Interesse an einer Beherbergung auf dem Genfer System bekundet und entsprechende Vorverhandlungen aufgenommen. Die Kantone Fribourg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau haben sich im Berichtsjahr zu einem Konsortium zusammengeschlossen und mit dem Kanton Zürich einen Lizenzvertrag über die Nutzung einer Systemkopie zur Beherbergung ihrer Auslandschweizer Stimmberechtigten abgeschlossen. Derzeit arbeiten die acht Kantone gemeinsame Regeln über die Nutzung des Vote électronique-Systems aus.

► **Die Kantone sind bei der Harmonisierung der Stimmrechtsregister für Vote électronique aktiv unterstützt worden.**

In einer von der Bundeskanzlei koordinierten Arbeitsgruppe arbeiteten die Kantone die möglichen Lösungen gemeinsam aus und erörterten ihre Vor- und Nachteile, so dass nahezu alle Kantone bis im Juni 2009 ihre Regelungen den bundesrechtlichen Vorgaben angepasst hatten. Die Zusammenarbeit mündete verschiedenenorts nahtlos in Verhandlungen für Beherbergungslösungen für Auslandschweizer Stimmberechtigte.

► **Ein einheitliches Inventar und eine Referenzdatenbank öffentlicher Leistungen (Bestandteile der E-Government-Strategie Schweiz) sind definiert.**

Das Inventar und die Referenzdatenbank öffentlicher Leistungen sind zentrale Bestandteile von E-Government Schweiz. Sie stellen sicher, dass verschiedene E-Government-Applikationen miteinander kommunizieren können. Im Verlauf des Jahres 2009 wurden sämtliche Standards, die es braucht, um das Leistungsinventar als Referenzdatenbank aufbauen, betreiben und weiterentwickeln zu können, erarbeitet und an den Verein eCH übergeben.

► **Die finanziellen, konzeptionellen, personellen und methodischen Fragen für das Vorgehen beim Projekt «GEVER Bund» sind geklärt und durch die zuständigen Entscheidungsinstanzen beschlossen.**

Die Organisation des Programms GEVER Bund wurde am 27. März 2009 von der Generalsekretärenkonferenz gutgeheissen. Der Programmausschuss GEVER Bund genehmigte die beiden Projektanträge «Erschliessung und Aussonderung» und «Überdepartementale Prozesse» an seinen Sitzungen vom 19. Juni und 21. August 2009. Der Stab des Programms GEVER Bund ist seit dem 1. September 2009 vollständig und die finanziellen Mittel für die zentralen Arbeiten des Programmes wurden am 26. Oktober 2009 für das Jahr 2010 vom Informatikrat Bund gutgeheissen.

► **Die Schnittstellen zwischen den Projekten «GEVER BK» und «Überdepartementale Prozesse» (GEVER X), bzw. «GEVER Bund», sind geklärt und in den Detailkonzepten abgebildet.**

Das Projekt «GEVER X» (interdepartementale Prozesse) ist Gesamtteil des Programmes GEVER Bund unter dem Titel «ÜDP» oder «Überdepartementale Prozesse». Mit der Erstellung der Prozesslandkarte ÜDP und seiner Abnahme vom Programmausschuss GEVER Bund und von der Generalsekretärenkonferenz am 14. Dezember 2009 sind die Schnittstellen zwischen GEVER BK und GEVER ÜDP definitiv geklärt.

Die Koordination zwischen GEVER BK und GEVER Bund ist durch die Teilnahme von einem Vertreter an den jeweiligen Projektausschüssen der beiden Vorhaben gewährleistet. Zusätzlich werden durch die aktive Teilnahme von MitarbeiterInnen des Projektes GEVER BK an den verschiedenen Teilprojekten von GEVER Bund die allfälligen weiteren Schnittstellen rechtzeitig identifiziert und geklärt.

► **Die Realisierung des Projektes «Erneuerung Anwendung KAV» ist abgeschlossen.**

Die ursprünglich vorgesehene Planung konnte nicht eingehalten werden. Nachdem sich der Start aufgrund eines Rekurses verspätet hatte, traten zusätzliche Probleme auf, die hauptsächlich mit der Komplexität des Systems zusammenhingen. Dies führte zu einer Verzögerung der Realisierung des Projekts. Die aktuelle Planung sieht vor, dass das Projekt Ende 2010 abgeschlossen wird. Gegenwärtig befindet es sich in einer entscheidenden Phase, nämlich der Verabschiedung des Detailkonzepts und der Freigabe der zweiten Realisierungsphase.

**Ziel 3: Unterstützung des Krisenmanagements und der Krisenkommunikation von Bund und Kantonen**

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Informationszentrale Bund (Infopool) ist ganz oder teilweise zum Einsatz gelangt und die entsprechende Vereinbarung mit den Departementen ist rechtzeitig vor Beginn der strategischen Führungsübung 2009 (SFU 2009) aktualisiert.**

Die Informationszentrale Bund ist nicht zum Einsatz gekommen, weil sie für eine solche Übung kein adäquates Instrument darstellt. Dagegen waren die Kommunikationsteams aller Departemente in der SFU 2009 engagiert. Die Koordination lief vom Vizekanzler zu den Informationschefs und über den Krisenstab Kommunikation. Infopool gelangt zum Einsatz, wenn ein einzelnes Departement Kapazitätsengpässe aufweist.

- ▶ **Das Konzept für die Auswertung der SFU 2009 liegt rechtzeitig vor.**

Das Konzept für die Auswertung der SFU 09, welches Bestandteil des Detailkonzeptes für die SFU 09 ist, wurde am 25. Mai 2009 von der Generalsekretärenkonferenz verabschiedet.

- ▶ **Die SFU 2009 ist durchgeführt.**

Die SFU 09 wurde plangemäss durchgeführt und der Bundesrat mittels einer Infonotiz über Ablauf und erste Erkenntnisse informiert.



## Departement für auswärtige Angelegenheiten

### Ziel 1: Konsolidierung der Beziehungen mit der EU

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Der Entscheid zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist der EU vom Bundesrat notifiziert.\***  
Der Abschluss des Genehmigungsverfahrens betreffend die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens (sowie dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien) wurde der EU am 5. Mai 2009 notifiziert.
- ▶ **Das Protokoll 2 betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat ratifiziert.\***  
Das Parlament hat die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien (Protokoll II) mit der Weiterführung der Freizügigkeit in einem Bundesbeschluss zusammengelegt und genehmigt. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Das Stimmvolk hat sich am 8. Februar 2009 für die Weiterführung und die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien ausgesprochen. Der Entscheid wurde der EU am 5. Mai 2009 notifiziert und das Protokoll II ist am 1. Juni 2009 in Kraft getreten.
- ▶ **Die Botschaft zum Rahmenkredit betreffend den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zugunsten von Bulgarien und Rumänien ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 5. Juni 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft zur Genehmigung der Änderung des Abkommens über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 27. November 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind fortgesetzt und gegebenenfalls abgeschlossen.**  
Im Juli 2009 fand eine weitere Verhandlungsrunde statt. Zudem gab es auch auf Arbeitsebene regelmässige Gespräche mit der EU.
- ▶ **Verhandlungen im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie im Bereich öffentliche Gesundheit sind aufgenommen.**  
Die Verhandlungen wurden am 4. November 2008 eröffnet. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Verhandlungsrunden und Expertentreffen durchgeführt.

- ▶ **Entwürfe für Verhandlungsmandate in den Bereichen Galileo, Emissionshandel, technische Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur und Erleichterung der Beteiligung an Friedensförderungsmissionen der EU sind dem Bundesrat zum Entscheid unterbreitet.**

Das Mandat betreffend die Teilnahme der Schweiz an den Europäischen Programmen im Bereich der globalen Satellitennavigation (*Galileo und EGNOS*) wurde vom Bundesrat am 13. März 2009 genehmigt und liegt nach erfolgter Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen seit Mitte Mai definitiv vor.

Bezüglich *Emissionshandel* fand im Sommer 2009 eine weitere Runde exploratorischer Gespräche statt. Zudem wurde das Interesse an einer Aufnahme von Verhandlungen auch auf ministerieller Ebene bekräftigt. Das Mandat wurde vom Bundesrat am 16. Dezember 2009 verabschiedet.

Das Mandat betreffend Aufnahme von Zusammenarbeit mit der *Europäischen Verteidigungsagentur (EVA)* ist ausgearbeitet worden und vom Bundesrat am 16. Dezember 2009 - unter Vorbehalt der Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen - verabschiedet worden.

Das Mandat betreffend erleichterter *Beteiligung der Schweiz an Friedensförderungsmissionen der EU* ist ausgearbeitet worden. Wegen der laufenden Arbeiten für den neuen Sicherheitspolitischen Bericht konnte dieses Mandat dem Bundesrat noch nicht unterbreitet werden.

- ▶ **Die Verhandlungen über ein Abkommen im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend sind abgeschlossen.\***

Die Verhandlungen konnten mit der Paraphierung des Textes am 6. August 2009 abgeschlossen werden.

- ▶ **Bilaterale Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen.\***

Die Massnahme konnte noch nicht realisiert werden, da der Bundesrat die Botschaft zum Rahmenkredit erst am 5. Juni 2009 verabschiedet hat.

- ▶ **Der Schengen-Besitzstand ist vollständig umgesetzt, auch an den Flughäfen.\***

Die Schweiz nimmt seit dem 12. Dezember 2008 operativ an Schengen/Dublin teil. Die Aufhebung der Personenkontrollen für Schengen-interne Flüge an den Schweizer Flughäfen und damit der vollständige Einbezug der Schweiz in die Schengen/Dublin-Zusammenarbeit erfolgte am 29. März 2009.

- ▶ **Die Gespräche mit der EU im Bereich MEDIA (EU-Filmförderungsprogramm) sind abgeschlossen; die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Gespräche mit der EU im Bereich MEDIA sind seit Mitte 2008 abgeschlossen und die Zusatzbotschaft zum MEDIA-Abkommen wurde vom Bundesrat am 26. November 2008 verabschiedet. Das Parlament hat das MEDIA-Abkommen und seine Finanzierung am 12. Juni 2009 genehmigt. Am 4. Dezember 2009 wurde es vom Bundesrat ratifiziert.

- ▶ **Die exploratorischen Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) sind abgeschlossen; ein Bericht ist dem Bundesrat unterbreitet.\***

Im Jahre 2009 wurden in insgesamt drei Gesprächsrunden exploratorische Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH geführt. Wichtige Fragen über die Eckwerte eines möglichen Abkommens im Chemikalienbereich konnten jedoch noch nicht geklärt werden, so dass sich die Exploration und auch der Abschluss der Berichterstattung verzögert

## **Ziel 2: Engagement der Schweiz zugunsten der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts**

*Nicht realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens über Streumunition vom 30. Mai 2008 verabschiedet.\***

Vernehmlassung und Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens über Streumunition vom 30. Mai 2008 konnten nicht wie geplant durchgeführt und verabschiedet werden. Die vertiefte Klärung verschiedener Fragen zur Umsetzung des Übereinkommens brauchte mehr Zeit als ursprünglich angenommen.

- ▶ **Der Bericht in Erfüllung des Postulats der Aussenpolitischen Kommission SR «Das humanitäre Völkerrecht und die heutigen bewaffneten Konflikte» ist durch den Bundesrat verabschiedet.**

Der Bericht konnte nicht verabschiedet werden. Für die Vollendung des Berichts ist die Aufbereitung der Konferenz «60 Jahre Genfer Konventionen» vom 9./10. November 2009 und eine Abstimmung mit laufenden Arbeiten des IKRK über nicht-internationale bewaffnete Konflikte nötig.

- ▶ **Der zweite und dritte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes ist verabschiedet.**

Der Bericht liegt als Entwurf vor. Die fachtechnische Befragung mit anschliessender Überarbeitung sowie die Ämterkonsultation konnten aufgrund zahlreicher anderen Aufgaben nicht im Berichtsjahr durchgeführt werden.

- ▶ **Der Bericht in Erfüllung des Postulats Gutzwiller, 07.3459, oder allenfalls eine Botschaft über eine mögliche Anpassung des geltenden Rechts im Bereich der Rechtshilfe an «Failing States», ist verabschiedet.**

Auf Basis einer Analyse der Anpassung des rechtlichen Rahmens hat der Bundesrat am 5. Dezember 2008 das EDA beauftragt, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Dieser Gesetzesentwurf und der entsprechende erläuternde Bericht wurden von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe unter der Leitung der Direktion für Völkerrecht ausgearbeitet. Der Bundesrat konnte das Vernehmlassungsverfahren knapp nicht mehr im gleichen Jahr eröffnen.

- ▶ **Die Vorbereitungen für den im November 2009 beginnenden Vorsitz der Schweiz im Ministerkomitee des Europarates werden inner- und ausserhalb der Bundesverwaltung vom EDA geführt und koordiniert.**

Die Schweiz hat in Strassburg den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates am 18. November 2009 übernommen. Die Vorbereitungsarbeiten sind vom EDA in enger Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertretung beim Europarat, andern Bundesstellen, Parlamentdiensten und Stellen auch ausserhalb der Bundesverwaltung (einschliesslich Europarat in Strassburg) damit erfolgreich geführt und koordiniert worden.

### Ziel 3: Friedensförderung und Konfliktprävention

*Realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat den Jahresbericht über die Verwendung des Rahmenkredits 2008–2011 und die Fortschritte im Bereich der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte zur Kenntnis genommen.\***

Das EDA hat dem Bundesrat 2009 keinen separaten Jahresbericht über die Verwendung des Rahmenkredits 2008–2011 und die Fortschritte im Bereich der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte vorgelegt. Über die Fortschritte in diesen Bereichen gibt der Aussenpolitische Bericht 2009 des Bundesrats vom 2. September 2009 Auskunft.

- ▶ **Die Strategie zum Schutz der Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten wurde umgesetzt.**

Die Strategie wurde von der Vorsteherin des EDA im April 2009 genehmigt, und sowohl an der Zentrale als auch im Feld wurde mit der Umsetzung begonnen.

- ▶ **Die Schweiz nahm mit hochrangigen Vertretern am zweiten Jahresforum der Allianz der Zivilisationen (Istanbul, 2.–3. April 2009) teil. Aufgrund ihrer Erfahrung im Bereich Religionen, Politik und Konflikte konnte sie dabei ihr internationales Profil mit ihrem Fachwissen und konkreten gezielten Beiträgen stärken.**

Die Schweiz war mit der Vorsteherin des EDA am Forum vertreten und hat ihre Initiative zur Schaffung von thematisch orientierten Dialogplattformen präsentiert.

- ▶ **Die Schweiz verpflichtete sich gemeinsam mit anderen Staaten zur Umsetzung der Agenda für Menschenrechte (Agenda for Human Dignity and Rights). Diese Initiative wurde im Dezember 2008 in Genf zur Erinnerung an den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von der Schweiz lanciert. Die Agenda beinhaltet sieben Themen im Menschenrechtsbereich, die von der internationalen Gemeinschaft prioritär behandelt werden sollten.**

Das vom EDA ernannte, aber unabhängige Panel eminenten Persönlichkeiten hat die Agenda 2009 weiter bekannt gemacht und den Themenkreis erweitert. Das EDA hat auf Vorschlag des Panels mehrere Länder eingeladen, die Initiative aktiv zu unterstützen. Auf interner Ebene müssen noch die Themen der Agenda festgelegt werden, die für die Schweiz Priorität haben.

#### Ziel 4: Förderung der Effizienz und der Transparenz innerhalb des Systems der Vereinten Nationen

*Realisiert*

- ▶ **Die Schweiz hat zur Konsolidierung der Instrumente des Menschenrechtsrates sowie zur Stärkung der Position des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte beigetragen.**

Die Schweiz hat zusammen mit einer Gruppe befreundeter Staaten sowie mit NGOs, akademischen Zentren und dem Hochkommissariat einen Prozess zur Stärkung des Frühwarnsystems des Menschenrechtsrates entwickelt, damit besorgniserregende Menschenrechtssituationen besser bewältigt werden können.

- ▶ **Die Schweiz hat konstruktive Beiträge im Rahmen der Reform des Sicherheitsrats geleistet, insbesondere zu dessen Arbeitsmethoden.**

Die Schweiz hat im April 2009 mit ihren S-5 Partnern (Costa Rica, Jordanien, Liechtenstein, Singapur) neue Vorschläge erarbeitet und diese im direkten Dialog mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats vertieft.

- ▶ **Die Schweiz hat sich für die Stärkung der Managementkapazitäten und für die Verbesserung der Gouvernanz der Vereinten Nationen eingesetzt.**

Die Schweiz hat im April 2009 eine Klausur unterstützt, an welcher mögliche Verbesserungen des UNO-Budgetprozesses mit wichtigen Mitgliedstaaten erörtert worden sind. Durch die Übernahme der Leitung des Budget- und Verwaltungsausschusses der Vereinten Nationen hat sie zudem ihr Profil in Management- und Gouvernanzfragen weiter gestärkt.

#### Ziel 5: Konsolidierung der Rolle der Schweiz als Gaststaat

*Nicht realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat die zweite der drei Botschaften zur Durchführung des Immobilienprojekts am WTO-Hauptsitz in Genf als «Site unique» verabschiedet.\***

Die Botschaft wurde am 29. Mai 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Die Empfehlungen des Bundesrates im Anschluss an die Diskussion des Aussprachepapiers «Gaststaatspolitik der Schweiz: Aktueller Stand und Perspektiven» sind umgesetzt.**

Das Aussprachepapier wurde dem Bundesrat nicht vorgelegt, weil die Thematik bereits im Rahmen des Aussenpolitischen Berichtes 2009 (Seiten 179–184) abgehandelt wurde.

- ▶ **Die Verordnung über die privaten Hausangestellten (provisorischer Titel) in Anwendung des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007 ist verabschiedet.**

Der Entwurf der Verordnung liegt vor, konnte dem Bundesrat aber noch nicht unterbreitet werden. Zuerst musste der Entscheid über die Motion Lumengo (09.3194) abgewartet werden, die ein Recht auf Familiennachzug für private Hausangestellte forderte. Der Nationalrat lehnte die Motion am 24. November 2009 ab.

## Ziel 6: Stärkung der Präsenz der Schweiz in der UNO und in den internationalen Organisationen

Realisiert

- ▶ **Für die Sicherstellung der Schweizer Vertretung in den Leitungsorganen der UNO und der internationalen Organisationen wird das Informatikinstrument (ELECTIONS) weiterentwickelt.**

Die auf das Vertretungsnetz im Ausland ausgeweitete und nachgebesserte Fassung des Informatikinstrumentes (ELECTIONS) zur wirkungsvolleren Unterstützung der Schweizer Kandidaturen auf Stellen in den Leitungsorganen der internationalen Organisationen wurde am 1. Juli 2009 in Betrieb gesetzt.

- ▶ **Die Prüfung und der Entscheid zur Ausweitung des Kandidaturen- und Informatikinstrumentes mit einer ergänzenden Applikation für die Präsenzförderung in den Sekretariaten und Vollzugsorganen der internationalen Organisationen liegt vor.**

Die Realisierbarkeit und Finanzierung einer ergänzenden Internetplattform zur Förderung der Schweizer Präsenz in den Sekretariaten und Exekutivorganen der internationalen Organisationen sind evaluiert und der Entscheid zur Prüfung der konkreten Umsetzung im Jahr 2010 ist Ende Juni 2009 gefällt worden.

## Ziel 7: Stärkung des bilateralen Beziehungsnetzes

Realisiert

- ▶ **Die Absichtserklärungen (MoU) zur Vertiefung und Systematisierung der bilateralen Beziehungen mit verschiedenen Partnerländern sind umgesetzt.**

USA: Infolge des Amtsantritts von Präsident Obama gab es 2009 verschiedene hochrangige bilaterale Kontakte, darunter am 6. März und 31. Juli Gespräche zwischen der Vorsteherin des EDA und Aussenministerin Clinton. Im Rahmen der Umsetzung des *Memorandum of Understanding Establishing a Framework for Intensified Cooperation* von 2009 traf sich der Staatssekretär des EDA mit seinem amerikanischen Amtskollegen. Die *Joint Working Group* kam am 13. und 14. Mai 2009 zu einer zweiten Sitzung auf Expertenebene zusammen.

Brasilien: Das 2008 unterzeichnete *Memorandum of Understanding über die Errichtung einer strategischen Partnerschaft* führte zu einer Intensivierung der Beziehungen, namentlich im Bereich der Abrüstung und der Bekämpfung der Proliferation von Kernwaffen sowie der trilateralen Zusammenarbeit bei der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der menschlichen Sicherheit. Die im Rahmen der strategischen Partnerschaft vorgesehene Einleitung eines regelmässigen politischen Dialogs wurde aufgrund einer Programmänderung auf brasilianischer Seite auf 2010 verschoben.

Südafrika: Im Rahmen des *Memorandum of Understanding* über die Stärkung der Zusammenarbeit von 2008 erfolgte im Dezember 2009 in Pretoria die zweite Austragung der *High Level Consultations* mit Südafrika unter der Leitung des Staatssekretärs. Das Treffen erlaubte, die sehr guten Beziehungen zu bekräftigen und neue Bereiche zu identifizieren, in denen die Zusammenarbeit konsolidiert und weiter vertieft werden kann, beispielsweise in den Bereichen trilaterale Entwicklungszusammenar-

beit, Friedensförderung oder Abrüstung. Im September 2009 fanden zudem ebenfalls in Pretoria die jährlichen Experten-Gespräche statt zur Entwicklungszusammenarbeit. Russland: Die bilateralen Kontakte wurden insbesondere auf der Grundlage des 2007 unterzeichneten *Memorandum of Understanding* zur Verstärkung der Zusammenarbeit intensiviert. 2009 wurden achtzehn Konsultationen zu einem breiten Themenspektrum geführt. Ein Höhepunkt war der Staatsbesuch des russischen Präsidenten – der erste offizielle Besuch eines russischen Staatschefs in der Schweiz. Ausserdem fanden mehrere Gespräche zwischen der Vorsteherin des EDA und dem russischen Aussenminister Lawrow statt. Das Mandat zur Vertretung der russischen Interessen in Georgien, das der Schweiz am 5. März 2009 übertragen wurde, ist Ausdruck des Vertrauens Russlands in die Schweizer Diplomatie.

China: Im Januar 2009 hat eine Vierer-Delegation des Bundesrates den chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Bern empfangen. Während der Gespräche wurden die wichtigsten Bereiche des im Jahre 2007 unterzeichneten *Memorandum of Understanding on Promoting Dialogue and Cooperation* thematisiert und die weitere Zusammenarbeit insbesondere in Wissenschaft und Technologie und im Hinblick auf ein bilaterales Freihandelsabkommen vereinbart.

Japan: Neben dem Inkrafttreten des Abkommens über Freihandel und Wirtschaftliche Partnerschaft am 1. September war das Jahr 2009 auch von einer Intensivierung der politischen Kontakte geprägt. An zwei hochrangigen Treffen vereinbarte der Staatssekretär des Departements für auswärtige Angelegenheiten mit Japan die Durchführung eines politischen Dialogs und vermehrte Zusammenarbeit bei multilateralen Themen wie Abrüstung, Menschenrechten und UNO-Reformen.

Indien: Eine neue Runde politischer Konsultationen mit Indien wurde im Berichtsjahr in New Delhi unter der Leitung des Staatssekretärs durchgeführt. Im Zuge dieser Gespräche wurde die 2008 anlässlich des 60jährigen Jubiläums der bilateralen Beziehungen bestätigte Zusammenarbeit vertieft.

## **Ziel 8: Unterstützung der Armutsminderungsstrategien in Schwerpunktländern**

*Realisiert*

### **► Die Konzentration auf 12 Schwerpunktländer und -regionen ist schrittweise umgesetzt.**

Für Bhutan, Ecuador, Indien, Pakistan sowie Peru sind Ausstiegsszenarien ausgearbeitet und deren Umsetzung ist eingeleitet. Die Mittel, die aufgrund des Ausstieges aus diesen 5 Schwerpunktländern frei werden, werden in den verbleibenden 12 Schwerpunktländer und -regionen eingesetzt.

### **► Die Unterstützung der nationalen Armutsminderungsstrategien und die schrittweise Konzentration auf 3 Themen pro Schwerpunktländer ist vorangetrieben.**

Die Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit auf jeweils 3 Themen erfolgt im Rahmen der Überarbeitung der DEZA Kooperationsstrategien. Die angepassten Kooperationsstrategien konzentrieren sich auf 3 thematische Schwerpunkte, für welche mindestens 90% der Mittel eingesetzt werden.

► **In 5 Schwerpunktländern (Bhutan, Ecuador, Indien, Pakistan, Peru) sind Ausstiegsszenarien ausgearbeitet.**

Für alle 5 Länder sind Ausstiegsszenarien ausgearbeitet und deren Umsetzung ist eingeleitet. Der Ausstieg aus Ecuador ist per Ende 2009 abgeschlossen. In Indien, Pakistan und Peru werden die Programme der bilateralen Zusammenarbeit bis Ende 2011 abgeschlossen. Bhutan ist ab 1. Januar 2012 kein Schwerpunktland mehr.

**Ziel 9: Unterstützung ausgewählter Länder/Regionen mit fragiler Staatlichkeit, Konflikten und Sicherheitsrisiken**

*Realisiert*

► **Der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit zur Risikobearbeitung ist mit den Instrumenten der humanitären Hilfe und der Friedensförderung komplementär gestaltet.**

Für die «Region der Grossen Seen» wurde im August 2009 eine Gesamt-EDA Strategie verabschiedet. Diese hat zum Inhalt die Koordination der Interventionen der humanitären Hilfe, der regionalen Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Friedensförderung sicherzustellen. Der Ansatz umfasst mehrere Länder, die von Konflikten und Krisen betroffen sind. Im Nahen Osten ist die Zusammenarbeit zwischen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit besonders eng. Die Schweiz hat die internationale 3 C-Konferenz zum «Whole-of-Government Approach», welche vom 19.–20.3.2009 in Genf stattfand, vorbereitet und durchgeführt. Der 3 C-Ansatz (coherence, coordinated, complementary) fördert insbesondere den kohärenten Einsatz der ausserpolitischen Instrumente in Ländern und Regionen mit fragiler Staatlichkeit.

► **Ein adäquater Mitteleinsatz für zeitlich befristete Programme in Regionen (Grosse Seen, Südliches Afrika) und in Ländern (Afghanistan, Mongolei, Kuba, Palästina) ist geleistet.**

Um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Ländern und Regionen mit fragiler Staatlichkeit zu verbessern, wurde die Finanzplanung für die zeitlich befristeten Sonderprogramme an die Vorgaben der Süd-Botschaft (max. 10 Mio. CHF pro Jahr und Sonderprogramm) angepasst.

► **Das Ausstiegsszenario für das Sonderprogramm in Nordkorea ist ausgearbeitet.**

Das Ausstiegsszenario ist erfüllt und sieht vor, dass sämtliche Programme und Projekte graduell zurückgefahren und bis Ende 2011 abgeschlossen und / oder an koreanische oder internationale Partner übergeben werden.



## Ziel 10: Beitrag der Schweiz zur Mitgestaltung einer entwicklungsfördernden Globalisierung

*Realisiert*

### ► Die Konzeption und Umsetzungsschritte von 3 globalen Programmen (Ernährungssicherheit, Klimawandel, Migration) sind erfolgt.

Das Programm «Klimawandel» ist operationell. Die Schweiz hat sich aktiv in die Verhandlungen im Rahmen der UNO-Klimakonvention eingebracht und die Zusammenarbeit mit Ländern mit starker regionaler Bedeutung aufgebaut. Die strategische Ausrichtung des Programms «Ernährungssicherheit» wurde geklärt und die Umsetzung eingeleitet. Die strategische Gestaltung des Programms «Migration» ist in Ausarbeitung.

### ► Die Dreieckszusammenarbeit (Schweiz – fortgeschrittenes Partnerland – ärmstes / armes Schwerpunktland) ist vorangetrieben.

Die trilaterale Zusammenarbeit wurde besonders im Globalprogramm «Klimawandel» ausgestaltet (z.B. Technologietransfer von indischen Partnerinstitutionen nach Südafrika). Ein Memorandum betreffend die Prinzipien der trilateralen Zusammenarbeit (Schweiz – Südafrika – Nachbarländer) wurde erarbeitet.

### ► Die regionalen Institutionen und ihre Rolle bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung und Integration sind verstärkt.

Die Zusammenarbeit zwischen multilateralen Organisationen und der Zivilgesellschaft wurde mit Schwergewicht im Bereich der ländlichen Entwicklung insbesondere in Westafrika aufgebaut.

### ► Die Schweizer Expertise aus Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor im Rahmen von Multi-Stakeholder Partnerschaften ist vermehrt genutzt.

In den Bereichen Klimawandel (Reduktion von Schadstoffen), Wassernutzung, Mikrofinanzwesen und in weiteren Themenbereichen wurde die Zusammenarbeit mit Schweizer Firmen ausgebaut. Im Vordergrund steht die Erschliessung von neuen Märkten und das Zusammenbringen von spezifischem entwicklungspolitischem Know-how und Erfahrungen des Privatsektors. Gefördert wurden der Transfer spezialisierter Technologien und der Aufbau neuer Netzwerke.

## Ziel 11: Koordination der Entwicklungspolitik in der Bundesverwaltung

*Realisiert*

### ► Die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung durch die Neugestaltung des IKEZ (Interdepartementales Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit) und die Sicherstellung der Komplementarität der verschiedenen Aufgabenbereiche ist verbessert.\*

Das IKEZ ist auf zwei Ebenen organisiert: Amtsdirektoren (zweimal pro Jahr) und Fachspezialisten (viermal pro Jahr). Das IKEZ diskutierte vor allem über Themen wie die Abgleichung der Botschaften 2013–2015, die Kohärenz der Schweizer Politik und die Peer-Review der OECD/DAC zur Schweizer Zusammenarbeit.

- ▶ **Der Bericht zu den Resultaten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit ist veröffentlicht.\***

Die Resultate, die in den verschiedenen Regionen und mit den verschiedenen Instrumenten (multilaterale und bilaterale Hilfe, Ostzusammenarbeit und humanitäre Hilfe) erzielt wurden, sind im Jahresbericht (DEZA, SECO) 2008 vorgestellt.

## Ziel 12: Reorganisation des Departementes

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die ergebnisorientierte Steuerung ist an der Zentrale und bei den Auslandsvertretungen weiter vorangetrieben.**

Dank der Projekte Vektor und VektorPlus konnten unter anderem konkrete Verbesserungen und praktische Instrumente eingeführt werden. Gleichzeitig wurden die Grundlagen und die ersten Instrumente für eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung im EDA geschaffen. Die bisherigen Erfahrungen insbesondere im Bereich der dezentralisierten Verwaltung der Globalkredite und -budgets und des Geschäftsprozessmanagements waren sehr positiv, was die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit anbelangt. Dieses Führungsmodell wurde auch an der Zentrale in Bern erfolgreich eingeführt und wird mit dem Programm Vektor ausgebaut.

- ▶ **Die bedingt durch die laufende Reorganisation erforderlichen Änderungen der Organisationsverordnung vom 29. März 2000 (OV-EDA) sind erarbeitet und die Verordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Die Umsetzung der ersten Reformen im EDA löste weitere Restrukturierungen innerhalb des Departements aus. Damit alle Änderungen berücksichtigt werden können, wurde die Anpassung der Verordnung auf 2010 verschoben.

- ▶ **Die institutionellen Änderungen für die in der Botschaft zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vorgesehenen Anforderungen sind umgesetzt.**

Im Hinblick auf eine effizientere Umsetzung der Entwicklungspolitik des Bundes führte die DEZA 2008 eine Reorganisation durch und verfügt seit dem 1. Oktober 2008 über eine neue Struktur. 2009 soll mit der Reorganisation die Schweizer Präsenz im Feld erhöht werden. Die Integration verschiedener Dienststellen der DEZA in das Departement, d.h. in das *Centre de services* oder das Generalsekretariat, verläuft planmässig.

### **Ziel 13: Institutionelle Anpassungen an Anforderungen der neuen Südbotschaft und Reorganisation der DEZA; Koordination der Entwicklungspolitik in der Bundesverwaltung**

*Realisiert*

- ▶ **Die Organisation und Arbeitsweise der DEZA ist transparent (klares Reporting der Aktivitäten und Resultate) und das Management der neu gestalteten Bereiche resultatorientiert.**

Der DEZA-Geschäftsprozess wurde neu organisiert und insbesondere die Transparenz verbessert. Neue Instrumente betreffend die Berichterstattung über die erreichten Resultate wurden eingeführt. Die Berichterstattung der DEZA-Aussenstellen im Rahmen des Jahresberichts wurde verbessert.

Die Arbeit der einzelnen Organisationseinheiten wurde auf Vorgaben (Ziele, Indikatoren, Reporting) ausgerichtet. Die Zielerreichung wird im Rahmen des DEZA-Steuerungsberichtes halbjährlich überprüft und allfällige Korrekturmaßnahmen werden entsprechend eingeleitet.

- ▶ **Die Abstimmung der bilateralen, multilateralen und thematischen Aktivitäten ist verbessert.**

Mit der Reorganisation der DEZA wurden die bilateralen, thematischen und multilateralen Aktivitäten organisatorisch zusammengelegt. Die thematische Unterstützung erfolgt mit Netzwerken.

- ▶ **Die Komplementarität in der Zusammenarbeit DEZA – SECO, basierend auf dem gemeinsamen Verständnis der einheitlichen Entwicklungspolitik des Bundes, ist sichergestellt.**

Für die Umsetzung der einheitlichen Entwicklungspolitik des Bundes (1. Armutsbekämpfung, 2. menschliche Sicherheit, 3. entwicklungsförderliche Globalisierung) haben DEZA und SECO Vereinbarungen getroffen. Das SECO führt das bislang gemeinsam geführte Kooperationsprogramm in Peru allein weiter. In Bezug auf die thematischen Schwerpunkte wurden die jeweiligen Tätigkeitsfelder definiert.

- ▶ **Die Phase 2 (Zentrale – Kooperationsbüros) der Reorganisation ist lanciert.**

Die notwendigen Standards zur Messung der Ergebnisse wurden definiert. Um den Aufwand in der Erarbeitung zu reduzieren, wurden Portfolioziele festgelegt. In Ausarbeitung sind weitere Standards (Modalitäten der Zusammenarbeit Zentrale – Aussenstellen, Kontrollinstrumente).

- ▶ **Die Leistungsvereinbarungen DEZA – EDA GS und DEZA – DRA sind umgesetzt.**

Die Leistungsvereinbarungen sind verabschiedet und umgesetzt. Sie legen Verantwortlichkeiten, Inhalt und Umfang der jährlich zu erbringenden Leistungen fest.

## Departement des Innern

### Ziel 1: Hochschul- und Forschungsförderung

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) am 29. Mai 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Forschungsgesetzes ist durchgeführt und der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.\***  
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIG) erst am 28. Oktober 2009 eröffnet, nach erfolgter Verabschiedung der Teilrevision des Forschungsgesetzes durch das Parlament (25. September 2009). Der Bundesrat konnte demzufolge nicht über das weitere Vorgehen entscheiden.
- ▶ **Die Botschaft zur nationalen Strategie für Hochleistungsrechnen und -vernetzung ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 29. Mai 2009 von der nationalen Strategie für Hochleistungsrechnen und -vernetzung (HPCN) Kenntnis genommen und das EDI beauftragt, sie umzusetzen. Dieses Projekt und dessen Finanzierung in der laufenden Periode 2008–2011 wurden nicht in einer separaten Botschaft, sondern in der Voranschlagsbotschaft 2010 erläutert und von den eidgenössischen Räten verabschiedet.

### Ziel 2: Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU bis 2013 ist verabschiedet.\***  
Das Abkommen über die Teilnahme der Schweiz wurde am 6. August 2009 parafiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. September 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz am Bau der Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (European XFEL GmbH) ist verabschiedet.**  
Die Botschaft liegt noch nicht vor. Die Unterzeichnung des Internationalen Übereinkommens zum Bau und Betrieb des European XFEL hat sich gegenüber der ursprünglichen Planung um fast 12 Monate verzögert. Die Verhandlungen konnten erst am 23. September 2009 mit der Paraphierung der Vertragstexte abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens hat am 30. November 2009 stattgefunden. Mit der Unterzeichnung ist die Schweiz Teilhaberin der European XFEL GmbH.

### Ziel 3: Schweizerische Wissenschaftspolitik

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe EDI/EVD/EDA über die Ausgestaltung der bilateralen Wissenschaftspolitik der Schweiz mit den Prioritätsländern im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation ist verabschiedet und die Schwerpunkte und Prioritäten der Tätigkeiten dieser Departemente sind festgelegt.**

Die interdepartementale Arbeitsgruppe legte den konsolidierten Berichtsentwurf im September 2009 plangemäss vor. An der Sitzung der Steuerungsgruppe vom 28. September 2009 wurden Änderungen vorgeschlagen, die noch geprüft werden. Auf Grund dieser neuen Abklärungen war die Verabschiedung des Berichts durch den Bundesrat vor Ende 2009 nicht möglich.

### Ziel 4: Einführung einer einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer UID

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft und der Gesetzesentwurf zur Einführung einer einheitlichen Unternehmensidentifikationsnummer sind verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 28. Oktober 2009 die Botschaft zum Bundesgesetz über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG) zu Händen der eidgenössischen Räte verabschiedet.

### Ziel 5: Sozialwerke sanieren und sichern

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zu einem ersten Massnahmepaket zur 6. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (Revision 6a), welche die langfristige finanzielle Sanierung und Stabilisierung der IV zum Gegenstand hat, ist verabschiedet.\***

Der Vernehmlassungsbericht und der Botschaftsentwurf liegen vor, konnten allerdings dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden. Die Auswertung der über 150 Stellungnahmen hat mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Invalidenversicherungsgesetzes, welche mittels der Einführung eines Assistenzbeitrages die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung von Menschen mit einer Behinderung fördert, ist verabschiedet.\***

Der Assistenzbeitrag ist Bestandteil der Botschaft zu einem ersten Massnahmepaket zur 6. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (Revision 6a). Der Vernehmlassungsbericht und der Botschaftsentwurf liegen vor, konnten allerdings dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden. Die Auswertung der über 150 Stellungnahmen hat mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen.

- ▶ **Sämtliche Vorbereitungen sind getroffen, damit ein separater IV-Fonds ab 1. Januar 2010 operationell tätig werden kann.**

Aufgrund des Entscheids des Parlaments vom 12. Juni 2009, die Inkraftsetzung des Bundesbeschlusses über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze um ein Jahr zu verschieben, muss das Bundesgesetz über die Sanierung der Invalidenversicherung, als Grundlage des neuen IV-Fonds, ebenfalls durch das Parlament abgeändert werden. Die Arbeiten zur Umsetzung des IV-Fonds wurden deshalb bis zum Ablauf der Referendumsfrist auf Eis gelegt. Der IV-Fonds tritt voraussichtlich per 1. Januar 2011 in Kraft.

## Ziel 6: Jugend- und Familienpolitik

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Familienzulagengesetzes, mit der die gesetzliche Grundlage für die Errichtung eines nationalen zentralen Familienzulagenregisters geschaffen wird, ist verabschiedet.\***

Die Botschaft wurde am 2. September 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Eine Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Jugendförderungsgesetzes mit Fokus auf die Ausweitung der Jugendförderung auf die offene Jugendarbeit und der gesetzlichen Verankerung der finanziellen Unterstützung der eidgenössischen Jugendsession ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 30. September 2009 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet.

- ▶ **Der Bericht zu möglichen Massnahmen gegen die Jugendgewalt (in Erfüllung des Po. Leuthard 03.3298, des Po. Amherd 06.3646 und des Po. Galladé 07.3665) ist verabschiedet.\***

Der Bericht wurde am 20. Mai 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

## Ziel 7: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG), welche den gleichnamigen Verfassungsartikel 118a BV konkretisiert, ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 21. Oktober 2009 die Botschaft und den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Forschung am Menschen verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassungsergebnisse zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.\***

Da die Revisionsvorlage umfangreicher als geplant ausfiel, konnte die Vernehmlassung zur ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes (2. Etappe) erst am 21. Oktober 2009 eröffnet werden. Der Bundesrat konnte demzufolge nicht über das weitere Vorgehen entscheiden.

- ▶ **Die Vernehmlassungsergebnisse über die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes zur Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.\***

Die Vernehmlassungsergebnisse wurden ausgewertet und der Entwurf des Vernehmlassungsberichtes liegt vor. Angesichts der Komplexität der Materie und der Vielfalt der Rückmeldungen ist die Vorbereitung des Entscheids über das weitere Vorgehen aufwändiger als vorgesehen. Der Bundesrat konnte demzufolge nicht über das weitere Vorgehen entscheiden.

## **Ziel 8: Gesundheitskosten eindämmen – Gesundheit fördern**

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 30. September 2009 die Botschaft und den Entwurf zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Psychologieberufe (PsyG) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 30. September 2009 die Botschaft und den Entwurf des Bundesgesetzes über die Psychologieberufe verabschiedet.

- ▶ **Das EDI bereitet zusammen mit dem EVD eine Aussprache des Bundesrates zur Klärung der Ausarbeitung eines Gesundheitsberufegesetzes vor. Die Aussprache soll zeitgleich mit der Verabschiedung der Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) stattfinden.**

Das von EDI und EVD gemeinsam erarbeitete Aussprachepapier liegt vor, konnte allerdings knapp nicht mehr im gleichen Jahr dem Bundesrat unterbreitet werden.

## **Ziel 9: Neue Vorlagen im Bereich der Krankenversicherungen**

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Bericht über die Ergebnisse aus der Vernehmlassung zur Revision des Militärversicherungsgesetzes am 28. Oktober 2009 zur Kenntnis genommen. Er hat beschlossen, die Revision zu sistieren, bis die Revision des Unfallversicherungsgesetzes vom Parlament genehmigt worden ist.

- ▶ **Begleitung der Umsetzung der Revision der Spitalfinanzierung.** Im Hinblick auf die vorgesehene Einführung der leistungsbezogenen Pauschalen hat der Bundesrat über das erste Genehmigungsgesuch für die nach Artikel 49 Absatz 1 KVG erforderlichen gesamtschweizerischen Tarifstrukturen entschieden.

Das Gesuch um Genehmigung des Tarifvertrags betreffend die DRG-Tarifstruktur (Diagnosis Related Groups) für den akutsomatischen Bereich wurde dem Bundesrat am 9. Juli 2009 vorgelegt. Weil viele der für die Entscheidungsfindung unabdingbaren Informationen und Dokumente fehlten, erfüllte das Gesuch die Anforderungen der massgeblichen Verordnungsbestimmungen nicht. Den Tarifpartnern mussten Nachfristen gesetzt werden. Aus diesem Grund konnte die ursprünglich vorgesehene Frist für die Genehmigung oder Nicht-Genehmigung durch den Bundesrat nicht eingehalten werden.

- ▶ **Das Departement hat über das weitere Vorgehen betreffend die Qualitätssicherung nach Krankenversicherungsgesetz entschieden.**

Der Bundesrat hat den Bericht zur Qualitätsstrategie am 28. Oktober 2009 genehmigt.

#### Ziel 10: Klärungen des Umfangs der Anpassungen an das EG-Chemikalienrecht

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Am 1. Juni 2007 ist in der EU eine neue Verordnung zur Registrierung, Evaluation, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (REACH) in Kraft getreten.** Die Ergebnisse der exploratorischen Gespräche mit der EU im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Chemikalienagentur liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen hinsichtlich einer allfällig notwendigen Anpassung des Schweizerischen Chemikalienrechts entschieden.\*

Im Jahre 2009 wurden in insgesamt drei Gesprächsrunden exploratorische Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH geführt. Wichtige Fragen über die Eckwerte eines möglichen Abkommens im Chemikalienbereich konnten jedoch noch nicht geklärt werden, so dass sich die Exploration und auch der Abschluss der Berichterstattung verzögert

- ▶ **Die Anmeldestelle Chemikalien hat bis Mitte 2009 einen Helpdesk eingerichtet, um der Schweizerischen Wirtschaft die nötigen Auskünfte über die komplexe Materie des neuen EG-Chemikalienrechts erteilen zu können.**

Der Betrieb des Helpdesks wurde anfangs des Jahres 2009 aufgenommen.

#### Ziel 11: Revision des Lebensmittelgesetzes

*Realisiert*

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Lebensmittelgesetzes ist eröffnet.\***

Der Bundesrat hat am 1. Juli 2009 das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Lebensmittelgesetzes eröffnet.



## Ziel 12: Corporate Governance MeteoSchweiz

*Realisiert*

- ▶ **Auf der Grundlage der Empfehlungen der Evaluation von MeteoSchweiz durch die Eidgenössische Finanzkontrolle vom Juli 2008 und den entsprechenden Folgerungen des Bundesrates werden erste Massnahmen eingeleitet. Dabei sollen insbesondere Steuerungs- und Finanzierungsfragen sowie allenfalls Anpassungen von Rechtsgrundlagen überprüft werden.**

Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2009 die Vorschläge des EDI zur Reform des Bundesamtes für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz gutgeheissen. Mit dem Grundsatzentscheid hat er die Weichen für die Zukunft des nationalen Wetter- und Klimadienstes gestellt.

## Ziel 13: Aktionsplan für den standardisierten Umgang mit elektronischen Daten und Dokumenten in der Bundesverwaltung

*Realisiert*

- ▶ **Das Anforderungsmanagement an die GEVER-Standardprodukte ist organisiert.**

Das Schweizerische Bundesarchiv (BAR) hat das Konzept 2009 unter Berücksichtigung der Anforderungen des Programms GEVER Bund und des Informatikrates Bund (IRB) abgeschlossen. Die weitere Bearbeitung liegt beim Programm GEVER Bund.

- ▶ **Die technischen Voraussetzungen für die Archivierung elektronischer Dossiers aus GEVER-Systemen und relationaler Datenbanken (Digitales Archiv) sind vorhanden.**

Das Schweizerische Bundesarchiv (BAR) hat das Projekt «ARELDA - Archivierung von elektronischen Daten und Akten» abgeschlossen und den Betrieb des digitalen Archivs aufgenommen. Das BAR ist nun in der Lage, Geschäftsunterlagen des Bundes in digitaler Form zu übernehmen, langfristig zu erhalten und sie – unabhängig von Änderungen von Dateiformaten und Speichertechnologien – wieder bereitzustellen. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um nach Abschluss des Programms GEVER Bund Unterlagen nur noch in digitaler Form zu archivieren.

## Ziel 14: Förderung und Vermittlung der kulturellen Vielfalt

*Nicht realisiert*

- ▶ **Die Verordnung zum Sprachengesetz ist verabschiedet.**

Mit Bundesratsbeschluss vom 4. Dezember 2009 hat der Bundesrat das Bundesgesetz vom 5. Oktober 2007 über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG) per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde das EDI beauftragt, dem Bundesrat vor Ende Juni 2010 die Verordnung zum Sprachengesetz zu unterbreiten. Die Umsetzung des Sprachengesetzes bedarf vertiefter Abklärung innerhalb der Bundesverwaltung.

**Ziel 15: Umsetzung des Übereinkommens der UNESCO zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes**

*Realisiert*

- ▶ **Der von Bund und Kantonen gemeinsam verantwortete Prozess der Inventarisierung des immateriellen Kulturerbes in der Schweiz ist lanciert.**

Bund und Kantone haben sich auf eine Projektorganisation geeinigt. Ein Team der Fachhochschule Luzern wurde mit der Vorbereitung und Koordination der Inventarisierung beauftragt.

**Ziel 16: Kommentierung des Gleichstellungsgesetzes für die juristische Praxis**

*Realisiert*

- ▶ **Die aktualisierte und erweiterte Fassung des deutschsprachigen Kommentars zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann ist veröffentlicht.**

Das Erscheinen des neuen Kommentars wurde am 15. Mai 2009 gewürdigt.

**Ziel 17: Information über das UNO-Frauenübereinkommen CEDAW**

*Realisiert*

- ▶ **Der dritte nationale Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Übereinkommens wurde vor dem zuständigen UNO-Ausschuss präsentiert.**

Am 27. Juli 2009 präsentierte die 11-köpfige Delegation den nationalen Bericht und stellte sich den Fragen des Ausschusses.

**Ziel 18: Verabschiedung von Grundlagenberichten**

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Der Bericht über die gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut (in Erfüllung der Motion 06.3001 der SGK-N) ist verabschiedet.\***

Der Bericht liegt noch nicht vor. Die aktuellsten Erkenntnisse müssen noch mitberücksichtigt werden.

- ▶ **Der Bericht über die Vereinbarkeit von Familie und Studium (in Erfüllung des Postulates Fehr 06.3321) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Bericht über die Vereinbarkeit von Familie und Studium am 30. September 2009 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht über die Qualitätssicherung bei der Förderung der Universitäten (in Erfüllung des Postulates David 05.3595) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Bericht über die Qualitätssicherung bei der Förderung der Universitäten am 16. Dezember 2009 verabschiedet.

- ▶ **Der Schlussbericht Strategisches Controlling BFT 2004–2007 (in Erfüllung des Postulates Bruderer 05.3399) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Schlussbericht Strategisches Controlling BFT 2004–2007 am 27. November 2009 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht zum Fachkräftemangel in Naturwissenschaften und Technik (in Erfüllung der Postulate Fetz 05.3508, Hochreutener 07.3538, Recordon 07.3747 und Widmer 07.3810) ist verabschiedet.\***

Da zum Fachkräftemangel in Naturwissenschaften und Technik keine gesamtschweizerischen Daten vorlagen, wurde eine externe Studie in Auftrag gegeben. Diese hat sich verzögert, da mit der Interpellation Fraktion CVP/EVP/glp 08.3565 der Untersuchungsbereich erweitert werden musste. Hinzu kommt das Postulat Kiener Nellen 09.3930, dessen Beantwortung der Bundesrat ebenfalls in diesem Bericht vorsieht. Diese Elemente haben dazu geführt, dass der Bericht nicht im Jahr 2009 fertig gestellt und verabschiedet werden konnte.

- ▶ **Der Bericht über die missbräuchliche Abrechnung von geleisteten Zivilschutztagen in der Erwerbsersatzordnung (in Erfüllung des Postulates 07.3778 der Finanzkommission NR) ist verabschiedet.\***

Der Bericht liegt noch nicht vor. Die Abklärungen über die missbräuchliche Abrechnung von Zivilschutztagen in der Erwerbsersatzordnung nahmen aufgrund der Komplexität weit mehr Zeit in Anspruch als erwartet. Die Arbeiten werden noch das ganze nächste Jahr in Anspruch nehmen, da auch die Jahre 2007 bis 2009 überprüft werden müssen.

- ▶ **Der Bericht über die Einführung einer Belastungsanalyse chemischer Stoffklassen (in Erfüllung des Postulates Moser 08.3223) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Bericht zum Human Biomonitoring (HBM) in der Schweiz am 18. November 2009 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bericht «Evaluation und Reformvorschläge zur Taggeldversicherung bei Krankheit» in Erfüllung des Postulates 04.3000 der SGK-N vom 16. Januar 2004 wurde in der ersten Jahreshälfte verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Bericht am 30. September 2009 verabschiedet.

## Justiz- und Polizeidepartement

### Ziel 1: Gewährleistung der Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Harmonisierung der Strafrahmen im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches und eines Teils des Nebenstrafrechts ist durchgeführt.\***  
Die Vernehmlassung konnte 2009 nicht durchgeführt werden, weil aufgrund zahlreicher parlamentarischer Vorstösse das Sanktionensystem (Allgemeiner Teil des Strafgesetzbuches) einer erneuten Revision unterzogen wird. Weil der Allgemeine Teil die Grundlage für die Regelung der Strafrahmen bildet, wird mit der Harmonisierung der Strafrahmen im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches und eines Teils des Nebenstrafrechts zugewartet bis Klarheit über das neue Sanktionensystem herrscht.
- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) ist verabschiedet.\***  
Die Botschaft konnte 2009 nicht verabschiedet werden, weil sich der Regelungsgegenstand als technisch komplexer erwies als angenommen und weil die Koordination des technischen und des rechtlichen Teils optimiert werden musste. Deshalb waren verschiedene Stellen vermehrt einzubeziehen, was dazu führte, dass der erarbeitete Normtext angepasst werden muss.
- ▶ **Die Vernehmlassung zu einer neuen Polizeigesetzgebung des Bundes ist eröffnet.\***  
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 27. November 2009 eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die neue Strategie für die internationale Polizeikooperation für die Jahre ab 2010 verabschiedet.**  
Der Bundesrat hat die Strategie für die internationale Polizeikooperation 2010 bis 2013 am 4. Dezember 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Konvention des Europarats gegen Menschenhandel und zur gesetzlichen Regelung des ausserprozessualen Zeugenschutzes ist eröffnet.**  
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 27. November 2009 eröffnet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Ratifizierung der Cybercrime-Konvention des Europarates ist durchgeführt.\***  
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 13. März bis 30. Juni 2009 durchgeführt.
- ▶ **Die Botschaft zum Zusammenarbeitsvertrag mit Eurojust ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. Dezember 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft zu einer Gesetzesrevision betreffend Festlegung des Verhältnisses zwischen Auslieferungs- und Asylverfahren ist verabschiedet.\***  
Die Botschaft konnte 2009 nicht verabschiedet werden, weil sich aufgrund des kontroversen Ergebnisses des Anhörungsverfahrens Abklärungsbedarf zum weiteren Vorgehen ergab.

## Ziel 2: Erfolgreiche Umsetzung von Schengen/Dublin

*Überwiegend realisiert*

▶ **Die Botschaft zum Aussengrenzenfonds ist verabschiedet.\***

Weil die Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft zum Zusatzübereinkommen zum Aussengrenzenfonds länger gedauert haben als geplant, konnte das Zusatzübereinkommen erst am 30. Juni 2009 paraphiert werden. Die Vernehmlassung wurde vom 11. September bis 11. Dezember 2009 durchgeführt; die Verabschiedung der Botschaft konnte daher nicht mehr im Berichtsjahr erfolgen. Das Zusatzübereinkommen soll dem Parlament zusammen mit den Notenaustauschen zur Übernahme der Rechtsgrundlagen zum Aussengrenzenfonds zur Genehmigung unterbreitet werden.

▶ **Die Botschaft zur Anpassung des Waffenrechts ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 13. Mai 2009 verabschiedet.

▶ **Die Botschaft zum Visa-Informationssystem (VIS) ist verabschiedet und das Vernehmlassungsergebnis vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. Mai 2009 verabschiedet. Anstelle einer Vernehmlassung wurde vom 24. Februar bis zum 16. März 2009 eine Anhörung durchgeführt, weshalb der Bundesrat vom Ergebnis nicht Kenntnis genommen hat. Die VIS-Verordnung und der VIS-Beschluss legen die Zugangsberechtigungen zum zentralen VIS und die Verwendung der Daten des Systems fest. Dabei geht es um praxisbezogene Details, die vor allem die Verwaltungsbehörden betreffen. Aus diesem Grund wurde auf eine Vernehmlassung verzichtet und einer Anhörung der betreffenden Behörden der Vorzug gegeben (Art. 10 Abs. 1 Vernehmlassungsgesetz).

▶ **Die Botschaft zur Übernahme der Biometrie im Ausländerausweis ist verabschiedet und das Vernehmlassungsergebnis vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.\***

Der Bundesrat hat am 18. November 2009 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.

▶ **Die Botschaft zur Übernahme der Rückführungsrichtlinie ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 18. November 2009 verabschiedet.

▶ **Die Schweiz ist für die Migration von SISone4ALL auf SIS II bereit.**

Die Migration von SISone4ALL auf SIS II konnte 2009 nicht durchgeführt werden, weil die EU wegen Problemen mit dem Zentralen System den Migrationstermin von September 2009 auf unbestimmte Zeit verschieben musste. Zurzeit besteht kein gültiger Zeitplan der EU für eine Migration. Die Schweiz ist für SIS II bereit.

▶ **Die Einführung von Schengen/Dublin an den Flughäfen ist erfolgreich umgesetzt.**

Das Schengen Evaluation Committee hat der Schweiz eine erfolgreiche Umsetzung des Schengen-Regimes an den Flughäfen attestiert. Seit dem 12. Dezember 2008 werden die Grenzkontrollen in Übereinstimmung mit den Vorschriften von Schengen durchgeführt. Mit dem Wechsel zum Sommerflugplan am 29. März 2009 wurden die Schengen- und Nicht-Schengen-Passagierströme konsequent getrennt und die Grenzkontrollen auf Schengenbinnenflügen eingestellt.

- ▶ **Die aufgrund der Inkraftsetzung von Schengen/Dublin notwendige Übergangslösung für Liechtenstein ist erfolgreich umgesetzt.**

Die Übergangslösung für Liechtenstein ist seit der Inkraftsetzung von Schengen/Dublin (12. Dezember 2008) in der Schweiz erfolgreich umgesetzt.

- ▶ **Die Teilprojekte des Departements zu Schengen/Dublin sind erfolgreich umgesetzt.**

Aufgrund von Verzögerungen seitens der EU in den Bereichen SIS II und Visa-Informationssystem konnten die Teilprojekte teilweise noch nicht abgeschlossen und umgesetzt werden.

- ▶ **Die seit der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen vom 26. Oktober 2004 der Schweiz mitgeteilten Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstandes sind vom Bundesrat genehmigt und notifiziert.**

Die EU hat der Schweiz 21 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes notifiziert, über welche der Bundesrat 2009 Beschluss zu fassen hatte. Die Genehmigung von 19 davon fiel in die alleinige Kompetenz des Bundesrates. Die Notifikation der Übernahme der Weiterentwicklungen an die EU erfolgte in sämtlichen Fällen rechtzeitig. Die zwei übrigen Weiterentwicklungen (Rahmenbeschluss Datenschutz, Rückführungsrichtlinie) müssen vom Parlament genehmigt werden. Ihre Genehmigung ist der EU vom Bundesrat entsprechend unter Vorbehalt der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen rücknotifiziert worden.

### Ziel 3: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Bei zustimmendem Volksentscheid zur Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens hat der Bundesrat der EU die Ratifizierung notifiziert.\***

Das Volk hat der Vorlage am 8. Februar 2009 zugestimmt. Die Ratifikation (betreffend die Ausdehnung) und die Notifikation (betreffend die Weiterführung und die Ausdehnung) sind am 5. Mai 2009 fristgerecht erfolgt.

- ▶ **Die für das Inkrafttreten der Weiterführung und die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU notwendigen Vollzugsmassnahmen sind vom Bundesrat beschlossen.\***

Der Bundesrat hat die Vollzugsmassnahmen am 13. März 2009 beschlossen. Sie sind am 1. Juni 2009 in Kraft getreten.

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben sowie des Bundesgesetzes zum Schutz öffentlicher Wappen und anderer öffentlicher Zeichen ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 18. November 2009 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zum gesetzlichen Schutz für Hinweisgeber von Korruption (in Erfüllung der Mo. Gysin 03.3212) ist verabschiedet.**

Die Botschaft konnte 2009 nicht verabschiedet werden, weil die Meinungen betreffend Sinn und Zweck der Vorlage in der Vernehmlassung zu weit auseinander gingen. Am 16. Dezember 2009 hat der Bundesrat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. So sollen namentlich die im geltenden Recht vorgesehenen Sanktionen bei missbräuchlichen Kündigungen nochmals überprüft und dazu eine Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet werden.

- ▶ **Der Bericht betreffend Erleichterung der erbrechtlichen Übertragung von Unternehmen (in Erfüllung des Po. Brändli 06.3402) ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat den Bericht am 1. April 2009 verabschiedet.

#### Ziel 4: Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zum gemeinsamen Sorgerecht ist verabschiedet und das Vernehmlassungsergebnis vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.\***

Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2009 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und das EJPD mit der Ausarbeitung einer Botschaft beauftragt. Der Bundesrat hat sich zu diesem Zwischenschritt entschieden, weil in der Vernehmlassung wichtige Punkte umstritten geblieben waren.

- ▶ **Die Revision der Pflegekinderverordnung ist verabschiedet.\***

Aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses war eine zeitaufwändige Überarbeitung des Geschäfts erforderlich. Deshalb konnte die Verordnung nicht 2009 verabschiedet werden. Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2009 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und den Auftrag erteilt, zur überarbeiteten Verordnung nochmals eine Vernehmlassung durchzuführen.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Vorentwurf eines Bundesgesetzes über Massnahmen gegen Zwangsheiraten Kenntnis genommen (in Erfüllung der Mo. Heberlein 06.3658).**

Der Bundesrat hat am 21. Oktober 2009 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und das Departement beauftragt, bis Ende 2010 eine Botschaft auszuarbeiten.

- ▶ **Die Botschaft zu einer Revision des Asyl- und Ausländergesetzes mit Schwergewicht im Bereich des Asylverfahrens ist verabschiedet.\***

Die Botschaft konnte 2009 nicht verabschiedet werden, weil im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens von verschiedenen Vernehmlassungsadressaten eine Überprüfung des heute geltenden Systems der Nichteintretensentscheide gewünscht worden ist. Das EJPD hat dieses Anliegen aufgenommen und zur Prüfung eine Experten-Gruppe eingesetzt, welche ihre Arbeiten Ende Oktober 2009 abgeschlossen hat. Am 16. Dezember 2009 hat der Bundesrat in Bezug auf den Ersatz von Nichteintretensentscheiden die Vernehmlassung eröffnet.

- ▶ **Der Bericht zur Umsetzung und zu den Wirkungen der 2007 verabschiedeten Integrationsmassnahmen ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.\***  
Der Bericht liegt im Entwurf vor, konnte aber 2009 vom Bundesrat nicht zur Kenntnis genommen werden, weil die verwaltungsinterne Koordination mehr Zeit in Anspruch nahm als vorgesehen.
- ▶ **Der Bericht zu der als Prüfungsauftrag überwiesenen Motion Schiesser (06.3445) «Integration als gesellschaftliche und staatliche Kernaufgabe» ist verabschiedet.\***  
Der Bericht liegt im Entwurf vor, konnte aber 2009 nicht verabschiedet werden. Zusätzliche Arbeiten, namentlich betreffend die Koordination mit den Kantonen, sowie der Einbezug des EJPD-Ziels «Integrationsstrategie» haben zu Verzögerungen geführt.
- ▶ **Eine Strategie Integration auf Bundesebene für die Jahre 2009–2014 ist erarbeitet.**  
Die Strategie wurde erarbeitet. Sie ist Bestandteil des Berichts zur Motion Schiesser (06.3445).
- ▶ **Die Vernehmlassung zu einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes ist eröffnet.**  
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 16. Dezember 2009 eröffnet.
- ▶ **Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 24. Juni 2009 verabschiedet.

## Ziel 5: Erfolgreiche Umsetzung des Transfers des zivilen Inland-Nachrichtendienstes

*Realisiert*

- ▶ **Der Transfer des zivilen Inland-Nachrichtendienstes aus dem EJPD ist erfolgt und hinsichtlich Prozessen und Recht sowie Führung, Organisation und Betriebskultur des Polizeiamtes des Bundes konsolidiert. Die Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten im VBS funktioniert.**  
Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2009 beschlossen, das Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) auf den 1. Januar 2010 in Kraft zu setzen. Gleichzeitig hat er verschiedene Verordnungen erlassen, mit denen der DAP und der SND zum Nachrichtendienst des Bundes (NDB) vereinigt werden. Mit der Reorganisation von fedpol wurden die betroffenen Prozesse sowohl intern wie auch mit dem NDB und weiteren Partnerdiensten neu definiert. Der Betrieb konnte jederzeit gewährleistet werden. Der Transfer im Informatikbereich ist erfolgreich umgesetzt. Die Zusammenarbeit von NDB mit fedpol als Polizeiamt des Bundes ist damit konsolidiert.



## Ziel 6: Weiterentwicklung der Rechtsordnung prüfen

*Teilweise realisiert*

▶ **Der Bericht zur Stärkung der präventiven Verfassungskontrolle (in Erfüllung des Po. Pfisterer 07.3360) ist verabschiedet.\***

Der Bericht zur Stärkung der präventiven Verfassungskontrolle konnte 2009 nicht verabschiedet werden, weil er wegen des sachlichen Zusammenhangs mit dem Bericht zum Verhältnis Völkerrecht/Landesrecht gemeinsam mit diesem vom Bundesrat behandelt werden soll. Der Entwurf des Berichts liegt vor.

▶ **Der Bericht zum Verhältnis Völkerrecht/Landesrecht (in Erfüllung des Po. der Rechtskommission Ständerat 07.3764) ist verabschiedet.\***

Der Bericht zum Verhältnis Völkerrecht/Landesrecht konnte 2009 nicht verabschiedet werden, weil sich die zu klärenden Fragen als komplexer erwiesen als erwartet. Der Entwurf des Berichts liegt vor.

## Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

### Ziel 1: Integration Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) ins VBS

*Realisiert*

- ▶ **Die nachrichtendienstlichen Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) sind in das VBS integriert und vollumfänglich operativ; das VBS hat die grundlegenden Entscheide betreffend Strukturen, Organisation, Führung und Kontrolle der beiden Nachrichtendienste im VBS (In-/Ausland-ND) getroffen.**

Die nachrichtendienstlichen Teile des DAP wurden inklusive Bundeslagezentrum am 1. Januar 2009 ins VBS transferiert und direkt dem Chef VBS unterstellt. Der Start des DAP im VBS erfolgte ohne Schwierigkeiten. Der Bundesrat hat am 25. März 2009 beschlossen, den Strategischen Nachrichtendienst (SND) und den DAP per 1. Januar 2010 in einem neuen Bundesamt zusammenzuführen. Zur Kontrolle des neuen zivilen Nachrichtendienstes des Bundes steht dem Chef VBS eine unabhängige Überwachungs- und Kontrollinstanz, die im Generalsekretariat VBS angesiedelt ist, zur Verfügung.

- ▶ **Die finanzielle Überführung der Teile des DAP vom EJPD (fedpol) in das VBS (GS VBS) ist sichergestellt.**

Die Abtretung der vereinbarten Kreditmittel vom EJPD zum VBS ist erfolgt.

### Ziel 2: Nachbereitung der Verwaltungsreform

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Durch die bedürfnisgerechte Begleitung der entsprechenden Linienverantwortlichen wird die Umsetzung der übrigen Projekte aus der Verwaltungsreform unterstützt.**

Die Umsetzung des Querschnittsprojektes «Beschaffung» (QSP 5) ist mit den vom Chef VBS am 25. September 2009 angeordneten Massnahmen aus der Revision Nr. 1 «Vergabe von Dienstleistungsaufträgen» auf dem Monitoring des Inspektorates VBS erfolgt. Etwas anders ist die Situation für das Teilprojekt «Transportdienst/Mobilität» (TP 23) einzuschätzen. Da es sich um viele unterschiedliche Projekte handelt, die zum Teil von einander abhängig sind, muss auf den Schlussbericht der Logistikbasis der Armee (LBA) gewartet werden, bevor allfälliger zusätzlicher Handlungsbedarf angeordnet werden kann.

- ▶ **Die Projektorganisation QSP 8 hat regulär funktioniert und die Integration weiterer Bibliotheken ist erreicht.**

Beim Querschnittsprojekt «Bibliotheken» (QSP 8) besteht Handlungsbedarf. Die Konzentration der Bibliotheken von 44 auf fünf Standorte per Ende 2009 konnte mit vier Standorten aufgrund personeller Änderungen und damit verbundener Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung in einzelnen Ämtern nicht vollumfänglich erreicht werden.

### Ziel 3: Akzeptanz für Beschaffungsvorhaben Tiger-Teilersatz

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Das kommunikative Vorgehen im Zusammenhang mit dem Tiger-Teilersatz ist durch die Kommunikation VBS zentral ab Stufe GS VBS geführt, gesteuert und koordiniert.**  
Die Kommunikation VBS hat die Kommunikationsführung zum Tiger-Teilersatz (TTE) im Frühjahr 2009 übernommen. Vorgehen, kommunikative Meilensteine sowie Botschaften und Zuständigkeiten wurden in einem Kommunikationskonzept, das durch die Kommunikation VBS in Zusammenarbeit mit den kompetenten Fachdiensten erstellt worden ist, geregelt. Zudem hat sie die massgebenden Sprachregelungen formuliert, bei Bedarf angepasst und Auskünfte zum TTE erteilt. Wo sinnvoll wurde die Information zwar delegiert, aber trotzdem von der Kommunikation VBS begleitet.
- ▶ **Koordinierte Kommunikationsleistungen haben zu einer politisch mehrheitlich positiven Haltung gegenüber der Beschaffung eines Tiger-Teilersatzes beigetragen.**  
Die Kommunikation, die bis zum Typenentscheid dauerte, war in einer ersten Phase auf Zurückhaltung ausgerichtet. Das Geschäft sollte nicht aktiv kommuniziert werden, aber trotzdem galt es, alle Optionen aufrecht zu erhalten. Dieses Ziel wurde grundsätzlich erreicht. Ein weiteres Ziel war das Corporate Wording (One voice-Prinzip), das ebenfalls konsequent durchgesetzt werden konnte. Im Herbst wurde die kommunikative Ausrichtung der ersten Phase des Tiger-Teilersatzes (TTE) einerseits überlagert vom Entscheid des Chefs VBS, das Geschäft zu vertagen, und andererseits vom Konsolidisierungsprogramm des Bundesrates.

### Ziel 4: Verbesserung der Sicherheit bei Ordonnanzwaffen

*Realisiert*

- ▶ **Die Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Zusammenhang mit Ordonnanzwaffen sind verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 27. November 2009 die Bestimmungen über Ordonnanzwaffen in zwei Verordnungen angepasst. Die Änderungen treten auf den 1. Januar 2010 in Kraft.

### Ziel 5: IKT Projekt- und Anwendungsportfolio Management VBS

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Ein zentrales IKT Projekt- und Portfoliomanagement als IKT Steuerungsinstrument ist aufgebaut.**  
Das zentrale IKT Projekt- und Portfoliomanagement wurde unter Einbezug und Mitwirkung der Departementsbereiche aufgebaut. Der IKT Planungsprozess VBS wurde vollständig abgebildet und unterstützt als zentrales Instrument die aktive Steuerung der IKT. Alles steht bereit für die produktive Einführung in den Departementsbereichen sowie die Ablösung der alten Systeme nach der Datenübernahme und Schulung der Benutzer.

## Ziel 6: Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik und Einsätze der Armee

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Der überarbeitete Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz ist vom Bundesrat genehmigt und dem Parlament überwiesen worden.\***

Das VBS hat, zusammen mit den Kantonen (KKJPD, MZDK), einen Entwurf für den neuen sicherheitspolitischen Bericht erarbeitet und dem Bundesrat zur Diskussion unterbreitet. Der Bundesrat hat am 21. Oktober 2009 beschlossen, den Entwurf partiell überarbeiten zu lassen.

- ▶ **Der Tiger-Teilersatz ist – nach Abschluss der Evaluation und eines Typenentscheids durch den Bundesrat auf Vorschlag des Chefs VBS – im Entwurf für das Rüstungsprogramm 2010 enthalten.\***

Der Bundesrat hat am 25. März 2009 beschlossen, die geplante Beschaffung des Tiger-Teilersatzes (TTE) auf das Rüstungsprogramm 2011 zu verschieben, um dieses Projekt mit der Ausarbeitung des neuen Berichts über die Sicherheitspolitik der Schweiz 2010 und der Botschaft zur GSoA-Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» abzustimmen. Damit wurde eine Verschiebung des TTE-Entscheids von mehreren Monaten nötig. Die Evaluation des TTE ist wie vorgesehen Ende 2009 abgeschlossen worden. Am 21. Oktober 2009 hat der Bundesrat das VBS beauftragt, ihm zusammen mit dem neuen sicherheitspolitischen Bericht im Frühjahr 2010 einen Antrag zum weiteren Vorgehen im Projekt «Tiger-Teilersatz» zu unterbreiten.

- ▶ **In Zusammenarbeit mit den Kantonen und den betroffenen Bundesstellen ist die Koordination im Bereich Sicherheitspolitik sichergestellt.**

Die Plattform KKJPD-VBS-EJPD-MZDK hat sich als Gefäss zur Diskussion und Bearbeitung sicherheitspolitischer Themen und Anliegen auf nationaler Ebene bewährt. So wurden insbesondere der Botschaftsschutz und die Leistungsverrechnung VBS/KKJPD/SPI im Bereich der polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit aller Partner geregelt. Im Projekt «Sicherheitspolitische Koordination» (BRB vom 21. Mai 2008) wurde mit den kantonalen und Bundespartnern ein «Sicherheitsverbund Schweiz» (SVS) entwickelt und im ersten Entwurf zum neuen sicherheitspolitischen Bericht skizziert. In Bearbeitung ist noch die Ausgestaltung eines Konsultations- und Koordinationsmechanismus auf nationaler Ebene.

- ▶ **Die Botschaft über den subsidiären Einsatz der Armee zur Unterstützung des World Economic Forum (WEF) für die Jahre 2010 - 2012 ist verabschiedet.\***

Die Botschaft wurde am 6. März 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Die Unterstützungsmöglichkeiten des VBS im Bereich Sicherheitssektorreform auf internationaler Ebene sind definiert.**

Die Schweizer Armee ist seit März 2008 in Umsetzung eines Bundesratsbeschlusses vom 5. September 2007 in Juba (Südsudan) mit Ausbildungen zu Gunsten der südsudanesischen Verwaltung im Bereich Sicherheitssektorreform (SSR) tätig. Mit einem Expertenteam vor Ort unterstützt das VBS in enger Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und dem EDA (PA IV, DEZA) die südsudanesische Armee beim Aufbau der *Dr. John Garang Memorial Military Academy*.

## Ziel 7: Rüstungskontrolle- und Abrüstungspolitik

*Realisiert*

- ▶ **Die schweizerische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik trägt den globalen Herausforderungen Rechnung und ist kohärent mit den sicherheits- und militärpolitischen Interessen des VBS.**

Vor dem Hintergrund der globalen Herausforderungen konzentrierte sich die schweizerische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik auf die Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen mit einer aktiven Interessenvertretung im Rahmen des Vorbereitungsprozesses für die Überprüfungskonferenz des Nichtweiterverbreitungsvertrags (*Non-Proliferation Treaty*), auf die Staatenkonferenz der Biologiewaffen- sowie auf die Chemiewaffenkonvention. Bei den konventionellen Waffen stand für das VBS die Wahrung der sicherheitspolitischen und militärischen Interessen im Rahmen des nationalen Ratifikationsprozesses zum Oslo-Abkommen (Verbot Streumunition) im Vordergrund. Die VBS-internen Planungen für die allfällige Umsetzung des Abkommens bis hin zur zeitgerechten Zerstörung der gelagerten Kanistergeschosse wurden eingeleitet.

## Ziel 8: Umsetzung der Optimierungsmassnahmen im Verteidigungsbereich

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Gesamtsteuerung und das Wirkungscontrolling sind gemäss Auftrag der Armeeführung umgesetzt.**

Das Wirkungscontrolling zu den Optimierungsmassnahmen ist operationell und in das Controlling Verteidigung integriert. Mit der quartalsmässigen Behandlung des Reportings durch die Armeeführung ist eine Gesamtsteuerung sichergestellt. Die Themenbereiche Grundbereitschaft, Logistik und Finanzen sind enthalten. Der Teil Kooperationen konnte aus Ressourcengründen noch nicht umgesetzt werden; entsprechend besteht für diesen Teil noch kein Wirkungscontrolling.

- ▶ **Die Optimierungsmassnahmen sind gemäss den getroffenen Entscheiden umgesetzt.**

Die Beschlüsse der Departementsleitung VBS sind umgesetzt, weitere Massnahmen aus dem Strategiecheck und Masterplan sind beauftragt und werden über das Controlling Verteidigung gesteuert.

- ▶ **Die Leistungserbringung ist mit den vorhandenen Ressourcen sichergestellt.**

Es herrscht weiterhin ein Ungleichgewicht zwischen Auftrag, Leistungen und Ressourcen. Die Optimierungsmassnahmen konnten diese Situation nur teilweise entschärfen.

## Ziel 9: Optimierung der Grundbereitschaft der Armee

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Umsetzung der von der Departementsleitung VBS beschlossenen Optimierungsmassnahmen zum Teilpaket 5 «Optimierung der Grundbereitschaft» ist planmässig erfolgt.**

Die Massnahmen der Grundbereitschaft 09-11 wurden planmässig umgesetzt. Die Reduktion des Munitionsverbrauchs entspricht den Vorgaben; hingegen konnten die Ziele der Treibstoff-Kontingentierung nicht in allen Bereichen erreicht werden. Die Einsparungen in der Grundbereitschaft wurden nur teilweise realisiert (Kostentransparenz in der Grundbereitschaft ist noch nicht gegeben).

## Ziel 10: Weiterentwicklung der Armee

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Optionen zur Weiterentwicklung der Armee sind auf Basis des neuen SiPol Berichtes vorgeschlagen.**

Nachdem der Bundesrat den Entwurf des neuen sicherheitspolitischen Berichts am 21. Oktober 2009 zur partiellen Überarbeitung zurückgewiesen hat, konnten die Optionen zur Weiterentwicklung der Armee nicht abschliessend vorgeschlagen werden. Der Departementsbereich Verteidigung hat bis Ende 2009 eine Gesamtschau der Armee zwecks Eingabe an den Bundesrat erstellt. Die Überarbeitung des Entwurfes des neuen sicherheitspolitischen Berichts erfolgt synchron mit der Weiterentwicklung der Armee. Der Prozess der Weiterentwicklung der Armee befindet sich im Rahmen der Arbeiten zur Ausgestaltung des Armeestabs/Weiterarbeit am Projekt «Grundmodell plus» in der Definitionsphase.

- ▶ **Die formulierten Ziele werden mittels Projektauftrag in einer Projektorganisation schrittweise gemäss Projektplanung umgesetzt.**

Die Erreichung der Vorgaben, insbesondere die Zielsetzung «Konsolidierung», ist sichergestellt. Die Detaildefinition des Prozesses «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) ist in Abstimmung mit dem neuen sicherheitspolitischen Bericht vorzunehmen.

## Ziel 11: Auslagerungen und Kooperationen im Verteidigungsbereich

*Teilweise realisiert*

► **Die mit der Stufe Departement abgestimmten Vorgaben des Departementbereichs Verteidigung im Rahmen der Kooperationsstrategie sind gemäss Planung umgesetzt.**

Der Vergabeprozess ist definiert und mit der armasuisse abgestimmt. Die Wirksamkeit kann erst bei der Umsetzung des Piloten RTS GAZ (RUAG Training Support Gefechtsausbildungszentrum) überprüft werden. Es ist zu klären, ob die Finanzierung gemäss der heutigen Lösung im Rahmen EIB (Ersatzmaterial- und Instandhaltungsbudget) oder durch ein anderes bzw. neues Budgetgefäss erfolgen soll.

► **Die mit den Partnern konkretisierten Projekte innerhalb der Kooperationsfelder sind eindeutig definiert.**

Die Potenzialanalyse, das Vergabemodell sowie die Leistungsfelder für mögliche Kooperationen mit dem privaten und öffentlichen Sektor wurden durch die Departementsleitung VBS (DL VBS) bereits 2008 genehmigt. Für Kooperationen kommen ausschliesslich Leistungen in Frage, welche weder sicherheitsrelevant sind noch Kernaufgaben der Armee darstellen. Die Umsetzung erfolgt entlang des gemeinsam definierten Vergabeprozesses. Die erforderlichen Massnahmen wurden mit der Stufe VBS abgestimmt (Pilot RTS GAZ: RUAG Training Support Gefechtsausbildungszentrum). Für das weitere Vorgehen sind sicherheitspolitische Vorgaben (z.B. im Rahmen der geplanten Kooperationsstrategie VBS) von Bedeutung. Die personalpolitischen Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Übertritt des Personals der Logistikkbasis der Armee in die RUAG im Rahmen des Piloten RTS GAZ wurden durch die DL VBS am 16. Oktober 2009 zur Kenntnis genommen. Die Verhandlungen mit der Konzernleitung RUAG waren Ende Jahr kurz vor dem Abschluss.

Für die Bereiche Betriebsstoffe sowie Informations- und Einsatz-System des Koordinierten Sanitätsdienstes (IES-KSD) ist die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit allfälliger Kooperationen noch nicht abgeschlossen. Die Leistungen im Bereich Infrastruktur sollen ausgeschrieben werden.

► **Die mit der Stufe VBS abgestimmten Voraussetzungen zur Realisierung von Kooperationsprojekten sind geschaffen.**

In Zusammenarbeit mit der Universität St. Gallen wurde ein Wirtschaftlichkeitsberechnungsmodell erarbeitet. Mit diesem werden geplante Kooperationen auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft. Aufgrund von Kapazitätsengpässen erfuhr das Projekt Kooperationen Verzögerungen. Als Folge konnte der Aufbau eines Portfolios bis Ende 2009 nicht realisiert werden. Mit der Wiedererlangung von Kommerzkompetenzen im Bereich Verteidigung soll dies zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

## Ziel 12: Einsätze der Schweizer Armee

*Realisiert*

- ▶ **Die Armee hat die erforderliche Unterstützung der zivilen Behörden, insbesondere anlässlich WEF 2009, Radweltmeisterschaft 2009 und Eishockeyweltmeisterschaft 2009, geleistet.**

Die Einsatzführung wurde gemäss Planung sichergestellt. Umfang und Qualität der durch die Armee erbrachten Leistungen entsprachen den Anforderungen.

- ▶ **Die Armee hat die an sie geforderten Leistungen in den internationalen Einsätzen erbracht.**

Der Umfang der Leistungen zu Gunsten friedensfördernder Einsätze blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Die Armee konnte alle an sie geforderten Leistungen in den internationalen Einsätzen vollständig erbringen.

- ▶ **Die Armee hat die Unterstützung der zivilen Behörden im Bereich der Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten (VEMZ) geleistet.**

Die Unterstützung der zivilen Behörden im Bereich der Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten (VEMZ) wurde durch die Armee geleistet.

## Ziel 13: Weiterentwicklung / Reorganisation armasuisse 2010

*Realisiert*

- ▶ **Die neue Aufbauorganisation armasuisse ist etabliert.**

Die Prozesse sind in einem integralen Prozessmanagement definiert und die Organisation ist entsprechend umgesetzt. Die Besetzung der Organisation mit Personal ist gemäss Personalkredit umgesetzt.

- ▶ **Die armasuisse ist in ihrer neuen Organisation ab 1. Januar 2010 operativ.**

Die nötigen Arbeiten bezüglich Prozess- und Aufgabenüberprüfung sind abgeschlossen. Die wegen der neuen Organisation nötigen Umzüge sind soweit möglich vollzogen. Umstellungen auf Grund der neuen Struktur sind in der Informatik durchgeführt.

## Ziel 14: Neue Beschaffungsstrategie

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Beschaffungsstrategie und die Auswirkungen auf die Beschaffungsprozesse sind erarbeitet.**

Die Beschaffungsstrategie und die Auswirkungen auf die Beschaffungsprozesse liegen als integrales Paket, zusammen mit der Industriebeteiligungsstrategie und einer Offsetpolicy, sowie abgestimmt auf die überarbeiteten Grundsätze des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS, im Entwurf vor.



► **Im Rahmen der Erarbeitung der Beschaffungsstrategie sind die Auswirkungen auf die Rüstungspolitik und Eigenerstrategie aufgezeigt.**

Im Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) vom 23. November 2007 zur «Rüstungsbeschaffung im VBS» und im Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) vom September 2007 zur «Rüstungsbeschaffung im Ausland – Evaluation der Kompensationsgeschäfte» wird die umfassende Überarbeitung der «Grundsätze des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS» gefordert. Die Verabschiedung entsprechender Dokumente, u.a. Strategien zur Beschaffung und zur Industriebeteiligung, konnten noch nicht definitiv verabschiedet werden.

► **Die Schnittstellen Offset und Beschaffungsstrategie sind aufeinander abgestimmt.**

Die Beschaffungsstrategie, die Schnittstellen Offset, die Industriebeteiligungsstrategie sowie die Offsetpolicy liegen als Entwürfe vor. Diese werden abgestimmt auf die überarbeiteten «Grundsätze des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS».

## Ziel 15: Ausführungsverordnungen zum Geoinformationsgesetz

*Realisiert*

► **Die Verordnung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) ist in Kraft gesetzt.**

Der Bundesrat hat am 2. September 2009 die ÖREBKV verabschiedet und sie auf den 1. Oktober 2009 in Kraft gesetzt.

► **Die Verordnung des VBS über die Gebühren von swisstopo (GebV-swisstopo) einschliesslich der Revision der Verordnung über Geoinformation (GeoIV) ist in Kraft gesetzt.**

Der Bundesrat hat am 18. November 2009 die Änderung der GeoIV verabschiedet, und der Chef VBS hat am 20. November 2009 die GebV-swisstopo unterzeichnet. Beide Verordnungen treten am 1. Januar 2010 in Kraft.

## Ziel 16: Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz / Zivilschutz

*Nicht realisiert*

► **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz ist verabschiedet.\***

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz wurde vor dem Hintergrund der Erarbeitung des neuen Sicherheitspolitischen Berichts auf 2010 verschoben.

▶ **Die revidierte Zivilschutzverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Die revidierte Zivilschutzverordnung als nachgelagerte rechtliche Grundlage des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz wird erst nach dessen parlamentarischer Beratung definitiv angepasst und vom Bundesrat verabschiedet werden können.

▶ **Die revidierte Alarmierungsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Die Konsultationen (Kantone/Bund) zur revidierten Alarmierungsverordnung (AV) sind abgeschlossen. Die bereinigte Vorlage konnte allerdings noch nicht vom Bundesrat verabschiedet werden. Gemäss Zeitplan soll der Bundesrat zuerst den Bericht zur Optimierung von Warnung und Alarmierung (OWARNA) behandeln.

## Ziel 17: Weiterentwicklung Nationale Sicherheitskooperation

*Realisiert*

▶ **Massnahmen aus dem Projekt Nationale Sicherheitskooperation sind umgesetzt.**

Die Umsetzung in den Teilprojekten (TP) lief gemäss Planung: Im TP «Führung Stufe Bund» wurde die bei den Kantonen konsultierte ABCN-Einsatzverordnung und im TP «Ausbildung» eine Ausbildungsverordnung erarbeitet; im TP «Wissens- und Informationstransfer» wurden die ersten Schritte des Konzepts umgesetzt.

▶ **Grundlagen für die Risiko- und Verwundbarkeitsanalyse Schweiz (Risiken Schweiz) sind erarbeitet.**

Der Gefährdungskatalog zu «Risiken Schweiz» und rund 20 Basisszenarien liegen vor.

▶ **Massnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen sind umgesetzt, der zweite Bericht ist verabschiedet.\***

Der zweite Bericht an den Bundesrat wurde zusammen mit einer Grundstrategie Schutz Kritischer Infrastrukturen am 5. Juni 2009 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen genehmigt.

▶ **Das Melde- und Lagezentrum ist operativ.**

Die Vorgaben wurden gemäss dem Konzept 2008 umgesetzt.

## Ziel 18: Rechtsgrundlagen Sport

*Realisiert*

▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat Botschaft und Entwurf zum Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung am 11. November 2009 gutgeheissen.

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat Botschaft und Entwurf zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport am 11. November 2009 gutgeheissen.

## Ziel 19: Weiterentwicklung der Eidg. Hochschule für Sport (EHSM)

*Realisiert*

- ▶ **Das Bachelor-Studium ist etabliert.**

Der jährliche Beginn des Bachelor-Studiums hat sich etabliert. Pro Jahr absolvieren durchschnittlich 80–100 Kandidatinnen und Kandidaten die Aufnahmeprüfung. Im Durchschnitt bestehen rund 30 Kandidaten die Prüfung und beginnen mit dem Studium.

- ▶ **Das Master-Studium «Spitzensport» ist eingeführt und das Master-Studium «Bildung» evaluiert.**

Die Nachfrage nach dem Master-Studium «Spitzensport» lag über den Erwartungen. 32 Studierende haben im Herbst 2008 begonnen. Die Evaluation des Master-Studiums «Bildung» ist abgeschlossen, die Planungsphase des Studiums mit vorgesehenem Beginn Herbst 2010 wurde in Angriff genommen.

## Ziel 20: Sportförderung

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Im Bereich von Jugend+Sport ist die Umsetzung des Programms für 5–10 Jährige eingeleitet.**

Im zweiten Jahr der Einführungsphase lag der Schwerpunkt auf der Kaderbildung. Die Vorbereitungsarbeiten im Bereich Kaderbildung sind bis auf die Weiterbildungsstufe 2 abgeschlossen, die Lehrmittel sind erstellt, die Nationale Datenbank J+S und die SPORT-Datenbank angepasst. Aufgrund der bis Dezember 2008 bestehenden Unsicherheit über die Finanzierung hat sich die Umsetzung im Bereich der Sportkurse um mindestens ein halbes Jahr verzögert.

- ▶ **Im Bereich des Erwachsenensports ist ein Konzept zur Qualitätssicherung entwickelt.**

Das Konzept wurde definiert. Verschiedene Massnahmen sind bereits umgesetzt. So wurden die Anforderungen und inhaltliche Vorgaben der entsprechenden Ausbildungsbausteine festgelegt. Die Kriterien zur fakultativen «Qualitop»-Anerkennung der Erwachsenensportleitenden stehen fest. Die Anforderungen an Partnerorganisationen wurden definiert und kommuniziert, Partnerschaftsvereinbarungen sind in Vorbereitung.

► **Im Bereich des Spitzensports sind die prioritären Sportarten mit geeigneten Dienstleistungen und F+E Produkten (Forschung und Entwicklung) unterstützt.**

Die Zusammenarbeit mit mehreren Partnern erfolgt auf der Grundlage einer sachlichen Prioritätenbildung und erstreckt sich auf die Bereiche: sportartspezifische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung (F+E), Ausbildungsleistungen und infrastruktureller Support. Für die Forschung bildet der neue Masterstudiengang «Spitzensport» einen wertvollen Stimulus. Aktuelle F+E-Schwerpunkte bestehen insbesondere in den Sportarten Fussball, Eishockey, Ski Nordisch, Ski Alpin, Bob, Triathlon, Kunstturnen und Mountain-Bike. Rückmeldungen zeigen eine hohe Zufriedenheit der Athleten und ihrer Betreuer.

► **Im Bereich des fairen und sicheren Sports sind die Aktivitäten der Stiftung Antidoping und des Runden Tisches begleitet.**

Die Stiftung Antidoping Schweiz arbeitet erfolgreich und erfüllt die Vorgaben gemäss Leistungsauftrag des Bundes. Antidoping Schweiz wird in der Öffentlichkeit als kompetente unabhängige Fachinstanz wahrgenommen. Im Rahmen des Runden Tisches gegen Gewalt im und um den Sport ist ein Pilotprojekt der Sicherheitskommission von Swiss Olympic in den Bereichen Fussball und Eishockey in der Umsetzungsphase. Die Auswertung steht noch aus.

## Finanzdepartement

### Ziel 1: Entlastung von Familien mit Kindern

*Realisiert*

- ▶ **Die Vernehmlassung zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern ist durchgeführt und ausgewertet.\***  
Die Vernehmlassung zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern wurde am 11. Februar 2009 eröffnet und dauerte bis zum 15. April 2009.
- ▶ **Die Botschaft ist verabschiedet.\***  
Am 20. Mai 2009 hat der Bundesrat die Botschaft zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern verabschiedet.

### Ziel 2: Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung

*Nicht realisiert*

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Unternehmensbesteuerung ist durchgeführt und ausgewertet.\***  
Die Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage zur Reform der Unternehmensbesteuerung hat sich verzögert. Grund hierfür sind internationale Entwicklungen, die im Rahmen der Reform zu berücksichtigen sind.

### Ziel 3: Aufgabenüberprüfung

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Das weitere Vorgehen ist festgelegt und eine Umsetzungsplanung für die im Ergänzungsbericht zum Legislaturplan festgelegten Reformstossrichtungen ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 11. Februar 2009 das weitere Vorgehen in der Aufgabenüberprüfung festgelegt. Vor dem Hintergrund des Erfordernisses, den Finanzplan 2011–13 um einen strukturellen Fehlbetrag in geschätzter Höhe von 1,5 bis 2 Milliarden Franken pro Jahr zu entlasten, hat der Bundesrat am 4. November 2009 entschieden, die Umsetzung der Aufgabenüberprüfung auf das neu zu konzipierende Programm zur Konsolidierung des Finanzplans (Konsolidierungsprogramm KOP 11/13) abzustimmen.

#### Ziel 4: Sanierung der Pensionskasse SBB

*Teilweise realisiert*

▶ **Die Botschaft zur Sanierung der Pensionskasse SBB ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 24. Juni 2009 entschieden, die Pensionskasse SBB bei der Sanierung mit einem Bundesbeitrag in Höhe von 1'148 Millionen zu unterstützen. Er beauftragte das EFD, bis Ende 2009 eine entsprechende Botschaft zu erarbeiten. Da die rechtliche Ausgestaltung der Bundeshilfe mit der SBB bzw. der Pensionskasse SBB abgestimmt werden musste, kann die Botschaft vom Bundesrat erst Anfang 2010 verabschiedet werden.

#### Ziel 5: Verstärkung des Einlegerschutzes

*Teilweise realisiert*

▶ **Die Botschaft zur Revision des Einlegerschutzes ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 11. September 2009 eine grundsätzliche Revision der Einlagensicherung in Form eines Vorentwurfs zu einem neuen Bundesgesetz über die Sicherung der Bankeinlagen in die Vernehmlassung geschickt. Diese dauerte bis zum 31.12.2009.

#### Ziel 6: Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes

*Überwiegend realisiert*

▶ **Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes ist durchgeführt und ausgewertet.\***

Der Bundesrat eröffnete am 22. Januar 2009 eine Vernehmlassung für die Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes. Die ursprünglich auf den 30. April festgelegte Vernehmlassungsfrist wurde bis zum 31. Juli 2009 verlängert. Es gingen 101 Stellungnahmen ein, deren Auswertung sich als aufwändig erwies.

## Ziel 7: Änderung des Güterverkehrsabkommens

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft betreffend die Änderung des Abkommens zwischen der Schweiz und der EG vom 21. November 1990 über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr ist verabschiedet.\***

Mit Beschluss vom 13. Mai 2009 hat der Bundesrat das Abkommen zwischen der Schweiz und der EG über Zollerleichterungen und Zollsicherheit gutgeheissen und nach Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen dessen vorläufige Anwendung beschlossen. Die Vertragsparteien haben das Abkommen am 25. Juni 2009 in Brüssel unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet. Es wird seit dem 1. Juli 2009 vorläufig angewendet. Am 24. Juni 2009 eröffnete der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren. Es dauerte bis zum 5. Oktober 2009. Mit Beschluss vom 27. November 2009 hat der Bundesrat die Botschaft über die Genehmigung und Umsetzung des Abkommens verabschiedet.

## Ziel 8: Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Totalrevision ist verabschiedet.\***

Die Verabschiedung der Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) unterlag im Jahr 2009 einem Kurswechsel: Aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung entschied der Bundesrat am 17. Juni 2009, eine Revision der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB) der Gesetzesrevision vorzuziehen, um damit das Beschaffungswesen rasch zu modernisieren und zu flexibilisieren. Mit Bundesratsbeschluss vom 18. November 2009 ist die Änderung der VöB verabschiedet und der Ergebnisbericht zur Vernehmlassung der Totalrevision BöB genehmigt worden. Die revidierte Verordnung tritt per 1. Januar 2010 in Kraft.

## Ziel 9: Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat hat am 6. Mai 2009 beschlossen, das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen zu eröffnen. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 6. September 2009.

- ▶ **Die Botschaft betreffend das Bundesgesetz über den Einkauf von Waren auf Flughäfen ist verabschiedet.**

Die Botschaft konnte vom Bundesrat noch nicht verabschiedet werden, weil sich die Auswertung der Vernehmlassung als aufwändig erwies.

## Ziel 10: Reformen im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch

*Realisiert*

- ▶ **Der Bericht der Expertenkommission zur Prüfung der Revisionsbedürftigkeit der Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Börsengesetzes zu den Börsendelikten ist ausgewertet und das weitere Vorgehen beschlossen.\***

Am 29. Januar 2009 hat der Bundesrat den Bericht der Expertenkommission Börsendelikte und Marktmissbrauch zur Kenntnis genommen. Am 1. Juli 2009 entschied er gestützt auf den Bericht über das weitere Vorgehen und beauftragte das EFD, ihm eine Vernehmlassungsvorlage vorzulegen.

## Ziel 11: Bericht über die Haushaltsneutralität im Einführungsjahr der NFA

*Realisiert*

- ▶ **Der Bericht an den Bundesrat über die Haushaltsneutralität im Einführungsjahr der NFA ist erstellt und das weitere Vorgehen beschlossen.\***

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2009 den Bericht über die Haushaltsneutralität im Einführungsjahr der NFA zur Kenntnis genommen. Dieser hält fest, dass die festgestellte Abweichung des Gesamtergebnisses von den Finanzplanzahlen 2008 im Ausmass von insgesamt rund 100 Mio. Franken zu Lasten der Kantone als relativ gering bezeichnet werden kann. Somit wäre eine Aufstockung zum Zeitpunkt der Neudotierung der Finanzausgleichsgefässe nicht angebracht.

## Ziel 12: Botschaft zur Revision des Bundespersonalrechts

*Nicht realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Bundespersonalgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Vernehmlassungsfrist endete am 5. Januar 2009. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK-N) beauftragte die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK) mit einer Evaluation zur Steuerung der Bundespersonalpolitik. Weil Auswirkungen auf die laufende Revision des Bundespersonalgesetzes nicht ausgeschlossen werden konnten, galt es die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse abzuwarten. Am 23. Oktober veröffentlichte die GPK-N ihren Bericht mit sechs Empfehlungen zur Steuerung der Bundespersonalpolitik und Zielerreichung. Die Auswirkungen der Aussagen und Empfehlungen des GPK-Berichts auf die laufende Revision des Bundespersonalgesetzes müssen nun vom Bundesrat analysiert werden.



### Ziel 13: Vernehmlassung zur Totalrevision des Alkoholgesetzes

*Nicht realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat wird im Jahr 2009 die Vernehmlassung zur Totalrevision des Alkoholgesetzes eröffnen.\***

Der Bundesrat hat im April 2009 die Eckpunkte zur Totalrevision des Alkoholgesetzes verabschiedet. Die verwaltungsinternen Arbeiten in Zusammenhang mit der Totalrevision des Alkoholgesetzes stehen kurz vor dem Abschluss.

### Ziel 14: Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steurgerechtigkeits-Initiative)»

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steurgerechtigkeits-Initiative)» ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. März 2009 verabschiedet.

### Ziel 15: Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz

*Realisiert*

- ▶ **Für jedes der priorisierten Vorhaben der Strategie ist eine federführende Organisation bestimmt.**

Im Jahr 2009 hat die Geschäftsstelle E-Government Schweiz den vollen Betrieb im Informatikstrategieorgan Bund ISB aufgenommen und die Umsetzungsinstrumente aufgebaut. Der Steuerungsausschuss hat den Katalog der priorisierten Vorhaben um drei neue Vorhaben ergänzt, zwei als abgeschlossen erklärt und acht neue federführende Organisationen ernannt. Somit ist Ende 2009 bei nur einem von 43 aktiven Vorhaben die Federführung noch nicht bestimmt.

## Ziel 16: Voraussetzungen für weitere Zentralisierung der IT-Leistungserbringer schaffen

*Nicht realisiert*

- ▶ Zur Umsetzung der Motion 07.3452 «IT-Leistungserbringer zentralisieren» sind die Voraussetzungen für die weitere Zentralisierung der IT-Leistungserbringer des EFD, EDA, EJPD, EVD und VBS im Rahmen eines Projektes «Leistungserbringung IKT Bund optimieren» geschaffen (Analyse des zentralisierbaren IKT-Portfolios, Sicherheitsanforderungen, Wirtschaftlichkeitsanalysen, Gesamtsourcing-Strategie, Vorbereitung der Leistungsbezüger und -erbringer etc.), damit die eigentliche Umsetzung der Zentralisierung 2010 bis 2012 erfolgen kann.

Im Jahr 2009 haben die Leistungserbringer und Leistungsbezüger den Fokus auf die Vereinheitlichung der Büroautomation gelegt. Mit diesem vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Programm sollte bis ca. Ende 2011 ein Standardarbeitsplatz in der ganzen Bundesverwaltung eingeführt werden. Mit diesem Standardarbeitsplatz wäre eine von verschiedenen wichtigen Rahmenbedingungen erfüllt, damit die Umsetzung der Zentralisierung der Leistungserbringer im Sinne der Motion 07.3452 erfolgen kann. Vorbereitungen zur Zentralisierung der Leistungserbringer sind bereits angelaufen. Sie sind aufwändig und namentlich wegen den Sicherheitsbedürfnissen komplex. Im Juni 2010 soll vom Bundesrat das weitere geplante Vorgehen verabschiedet werden.

## Ziel 17: Optimierung der IKT-Steuerung und -Führung auf Stufe Bund

*Teilweise realisiert*

- ▶ Die Motion 05.3470 «Festlegung und Durchsetzung von Normen und Standards im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien» sowie die Anliegen im Schreiben der Finanzdelegation vom 9. September 2008 (IKT-Controlling und -Reporting auf Stufe Parlament und Bundesrat durch das Informatikstrategieorgan Bund) sind umgesetzt.

Im Rahmen der Zusatzdokumentation des EFD zum Voranschlag 2010 rapportierte das EFD über alle von den Departementen gemeldeten IKT-Objekte (Studien, Projekte, Anwendungen). Informiert wurde ebenfalls über die Finanzen von grossen und strategischen IKT-Projekten. Dieses Reporting wird weiter verbessert und ausgebaut werden. Was die verbesserte Festlegung und Durchsetzung von Normen und Standards im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien angeht, sind die verwaltungsinternen Arbeiten fortgeschritten. Diese sollen im Kontext der vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Anpassungen der Rolle, Aufgaben und Zusammensetzung der IKT-Führungsgremien und IKT-Stabsorganisationen konsolidiert und behandelt werden.

- ▶ Die Umsetzung der vom Bundesrat beschlossenen Anpassungen zu Rolle, Aufgaben und Zusammensetzung der IKT-Führungsgremien und IKT-Stabsorganisationen der Bundesverwaltung ist eingeleitet.

Die verwaltungsinternen Vorarbeiten sind weit fortgeschritten. Namentlich sollen die an den Informatikrat Bund delegierten Kompetenzen an den Bundesrat zurückgegeben werden.

## Ziel 18: Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget 2009

*Realisiert*

- ▶ **Der Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget ist verabschiedet.\***

Der Bericht wurde am 4. November 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

## Volkswirtschaftsdepartement

### Ziel 1: Revision des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

*Realisiert*

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) ist verabschiedet.\*  
Die Botschaft wurde am 2. September 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

### Ziel 2: Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU

*Überwiegend realisiert*

- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan ist verabschiedet.\*  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. März 2009 verabschiedet. Das Abkommen ist am 1. September 2009 in Kraft getreten.
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kolumbien sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und Kolumbien über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.\*  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. März 2009 verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Peru sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und Peru über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.\*  
Der Bundesrat konnte die Botschaft nicht verabschieden. Die substanziellen Verhandlungen des Abkommens konnten abgeschlossen werden, dessen Unterzeichnung steht jedoch noch aus.
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrates sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und den Staaten des Golfkooperationsrates über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.\*  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 11. September 2009 verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Algerien sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und Algerien über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.\*  
Die Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Freihandelsabkommens EFTA-Algerien sind noch immer im Gang. Folglich konnte die Botschaft noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien sowie das Abkommen über den Handel mit Agrarprodukten zwischen der Schweiz und Indien sind unterzeichnet.\***

Die Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Freihandelsabkommens EFTA-Indien sind noch immer im Gang. Folglich konnte die Botschaft noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien sind eröffnet.**

Nach dem positiven Entscheid Indonesiens wurden die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Aufnahme von Verhandlungen aufgenommen.

- ▶ **In der Vorbereitungen der Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Russland sowie zwischen der Schweiz und der Ukraine wurden Fortschritte erzielt.**

Nachdem eine gemeinsame Machbarkeitsstudie erstellt wurde, haben die EFTA-Staaten und Russland entschieden, Freihandelsverhandlungen zu führen und haben die Vorbereitungsarbeiten hierfür aufgenommen. Die EFTA-Staaten und die Ukraine haben die Freihandelsverhandlungen im April 2009 aufgenommen.

- ▶ **Eine Zusammenarbeitserklärung zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia wurde unterzeichnet und die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Freihandelsverhandlungen sind weiterverfolgt worden.**

Die Arbeiten im Hinblick auf den Abschluss der Kooperationsvereinbarungen zwischen der EFTA und Malaysia wurden fortgesetzt.

- ▶ **Die Grundlagen für einen Entscheid über die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit Hongkong wurden erarbeitet.**

Die EFTA-Staaten und Hongkong haben entschieden, Freihandelsverhandlungen aufzunehmen, und haben die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten eingeleitet.

### Ziel 3: Evaluation Kartellgesetz

*Realisiert*

- ▶ **Die Evaluation des revidierten Kartellgesetzes ist durchgeführt.\***

Der Bundesrat nahm am 14. Januar 2009 vom Synthesebericht der vom EVD eingesetzten Evaluationsgruppe Kartellgesetz Kenntnis und schlug am 25. März 2009 dem Gesetzgeber in seinem Bericht gemäss Art. 59a KG vor, am bestehenden Konzept des Kartellgesetzes sowie an den neuen Instrumenten grundsätzlich festzuhalten. Gleichzeitig machte der Bundesrat jedoch auch Mängel im Kartellgesetz aus und beauftragte das EVD, bis im Frühjahr 2010 konkrete Vorschläge für eine Anpassung des Kartellgesetzes zu erarbeiten.

**Ziel 4: Umsetzung der Vollzugsverbesserungen im Rahmen der flankierenden Massnahmen**

*Realisiert*

- ▶ **Die Änderungen in der Entsendeverordnung sind verabschiedet.**  
Die Änderungen wurden vom Bundesrat am 4. November 2009 verabschiedet.
- ▶ **Das Informationsangebot im Internet über die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist verbessert.**  
Das Informationsangebot im Internet über die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist seit dem 15. Juni 2009 abrufbar.

**Ziel 5: Umsetzung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit**

*Realisiert*

- ▶ **Der Bericht über den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit ist veröffentlicht.**  
Der Bericht wurde der Öffentlichkeit am 18. Mai 2009 vorgestellt.
- ▶ **Die Evaluation der Kampagne gegen die Schwarzarbeit ist erfolgt.**  
Der Schlussbericht zur Evaluation der Kampagne liegt seit dem 4. August 2009 vor.

**Ziel 6: Stärkung des multilateralen Handelssystems im Rahmen der WTO im Hinblick auf den Abschluss der Doha-Runde**

*Realisiert*

- ▶ **Mit bilateralen Kontakten sind die Voraussetzungen für die Fortsetzung und den Abschluss der Doha-Runde ausgelotet.\***  
Am Rande des WEF im Januar 2009 sowie in zahlreichen und regelmässigen weiteren Kontakten auf Ministerebene wurden die Bemühungen zur Förderung des Abschlusses der Doha-Runde fortgesetzt.

**Ziel 7: Umsetzung der neuen Orientierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit**

*Realisiert*

- ▶ **Die neue Orientierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist definiert und deren Umsetzung eingeleitet.\***

Der Bundesrat hat die Strategien für die sieben Schwerpunktländer der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit im Juni verabschiedet. Der Ausbau der Programme in den Schwerpunktländern wurde eingeleitet und die Vertreter zur Begleitung der Programme vor Ort wurden bestimmt.

**Ziel 8: Umsetzung der Wachstumspolitik 2008–2011**

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Umsetzung der im Paket enthaltenen Massnahmen ist geprüft und in einem Zwischenbericht Ende 2009 festgehalten.**

Der Bundesrat nahm im Mai 2009, d.h. ein Jahr nach Verabschiedung, ein erstes Mal vom Stand der Umsetzung der Wachstumspolitik vom 2. April 2008 Kenntnis.

- ▶ **Der Bundesrat verfügt über Grundlagen, um zu beschliessen, ob und gegebenenfalls welche neuen Massnahmen in die Wachstumspolitik 2008–2011 aufgenommen werden sollen.**

Im Rahmen der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen hatte der Bundesrat 2009 unter anderem entschieden, die Wachstumspolitik 2008–2011 beschleunigt fortzusetzen. Gestützt auf eine Analyse der bisherigen Umsetzung der Wachstumspolitik hat er eine Intensivierung der Freihandelspolitik mit Partnern ausserhalb der EU beschlossen sowie in seiner Botschaft vom 10. August 2009 zur dritten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen dem Parlament befristete Finanzhilfen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien beantragt.

**Ziel 9: Konsolidierung der Beziehungen mit der EU**

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Der Entscheid zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist der EU vom Bundesrat notifiziert.\***

Der Abschluss des Genehmigungsverfahrens betreffend die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens (sowie dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien) wurde der EU am 5. Mai 2009 notifiziert.

► **Das Protokoll 2 betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat ratifiziert.\***

Das Parlament hat die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien (Protokoll II) mit der Weiterführung der Freizügigkeit in einem Bundesbeschluss zusammengelegt und genehmigt. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Das Stimmvolk hat sich am 8. Februar 2009 für die Weiterführung und die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien ausgesprochen. Der Entscheid wurde der EU am 5. Mai 2009 notifiziert und das Protokoll II ist am 1. Juni 2009 in Kraft getreten.

► **Die Botschaft zum Rahmenkredit betreffend den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zugunsten von Bulgarien und Rumänien ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 5. Juni 2009 verabschiedet.

► **Die Botschaft zur Genehmigung der Änderung des Abkommens über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (24 Stunden-Regel) ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 27. November 2009 verabschiedet.

► **Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind fortgesetzt und gegebenenfalls abgeschlossen.**

Im Juli 2009 fand eine weitere Verhandlungsrunde statt. Zudem gab es auch auf Arbeitsebene regelmässige Gespräche mit der EU.

► **Die Verhandlungen im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie im Bereich öffentliche Gesundheit sind aufgenommen.**

Die Verhandlungen wurden am 4. November 2008 eröffnet. 2009 wurden verschiedene Verhandlungsrunden und Expertentreffen durchgeführt.

► **Entwürfe für Verhandlungsmandate in den Bereichen Galileo, Emissionshandel, technische Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur und Erleichterung der Beteiligung an Friedensförderungsmissionen der EU sind dem Bundesrat zum Entscheid unterbreitet.**

Das Mandat betreffend die Teilnahme der Schweiz an den Europäischen Programmen im Bereich der globalen Satellitennavigation (*Galileo und EGNOS*) wurde vom Bundesrat am 13. März 2009 genehmigt und liegt nach erfolgter Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen seit Mitte Mai definitiv vor.

Bezüglich *Emissionshandel* fand im Sommer 2009 eine weitere Runde exploratorischer Gespräche statt. Zudem wurde das Interesse an einer Aufnahme von Verhandlungen auch auf ministerieller Ebene bekräftigt. Das Mandat wurde am 16. Dezember 2009 verabschiedet.

Das Mandat betreffend Aufnahme von Zusammenarbeit mit der *Europäischen Verteidigungsagentur (EVA)* ist ausgearbeitet worden und vom Bundesrat am 16. Dezember 2009 – unter Vorbehalt der Konsultation der Aussenpolitischen Kommission – verabschiedet worden.

Das Mandat betreffend erleichterter *Beteiligung der Schweiz an Friedensförderungsmissionen der EU* ist ausgearbeitet worden. Wegen der laufenden Arbeiten für einen neuen Sicherheitspolitischen Bericht wurde das Mandat noch nicht verabschiedet.



- ▶ **Die Verhandlungen über ein Abkommen im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend sind abgeschlossen.\***

Die Verhandlungen konnten mit der Paraphierung des Textes am 6. August 2009 abgeschlossen werden.

- ▶ **Die Bilateralen Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen.\***

Die Massnahme konnte noch nicht realisiert werden, da der Bundesrat die Botschaft zum Rahmenkredit erst am 5. Juni 2009 verabschiedet hat.

- ▶ **Der Schengen-Besitzstand ist vollständig umgesetzt, auch an den Flughäfen.\***

Die Schweiz nimmt seit dem 12. Dezember 2008 operativ an Schengen/Dublin teil. Die Aufhebung der Personenkontrollen für Schengen-interne Flüge an den Schweizer Flughäfen und damit der vollständige Einbezug der Schweiz in die Schengen/Dublin-Zusammenarbeit erfolgte am 29. März 2009.

- ▶ **Die Gespräche mit der EU im Bereich MEDIA (EU-Filmförderungsprogramm) sind abgeschlossen; die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Gespräche mit der EU im Bereich MEDIA sind seit Mitte 2008 abgeschlossen und die Zusatzbotschaft zum MEDIA-Abkommen wurde vom Bundesrat am 26. November 2008 verabschiedet. Das Parlament hat das MEDIA-Abkommen und seine Finanzierung am 12. Juni 2009 genehmigt. Am 4. Dezember 2009 wurde es vom Bundesrat ratifiziert.

- ▶ **Die exploratorischen Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluation and Authorisation of Chemicals) sind abgeschlossen; ein Bericht ist dem Bundesrat unterbreitet.\***

Im Jahre 2009 wurden in insgesamt drei Gesprächsrunden exploratorische Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH geführt. Wichtige Fragen über die Eckwerte eines möglichen Abkommens im Chemikalienbereich konnten jedoch noch nicht geklärt werden, so dass sich die Exploration und auch der Abschluss der Berichterstattung verzögert

- ▶ **Die Verhandlungen im Bereich des gegenseitigen Schutzes der Ursprungsbezeichnungen (AOC/IGP) mit der EU sind so weit fortgeschritten, dass ein Konsens über einen Abkommensentwurf gefunden und Konsultationsverfahren eingeleitet wurden. Im Fall von unüberwindbaren Hindernissen ist eine alternative Strategie erarbeitet worden.**

Die Verhandlungsparteien konnten sich auf einen Abkommensentwurf über den gegenseitigen Schutz der Ursprungsbezeichnungen (AOC/IGP) einigen und am 11. Dezember 2009 die gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnen. Damit kann das Konsultationsverfahren am 14. Januar 2010 eingeleitet werden.

## Ziel 10: Verordnung zum Gesetz über technische Handelshemmnisse

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Ausführungsverordnung zum sich in Revision befindenden Gesetz über technische Handelshemmnisse ist erarbeitet.**  
Die Anhörung zur Ausführungsverordnung wurde am 29. Oktober 2009 eröffnet. Die Frist zur Einreichung der Stellungnahmen ist am 30. November 2009 abgelaufen.

## Ziel 11: Botschaft zur Änderung des Güterkontrollgesetzes

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Güterkontrollgesetzes ist verabschiedet.\***  
Die Botschaft wurde am 20. Mai 2009 vom Bundesrat verabschiedet.

## Ziel 12: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Der Bericht in Erfüllung der Motion WAK-S «Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems» ist publiziert.\***  
Der Bundesrat hat den Bericht über die Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems in Erfüllung der Motion der WAK-S vom 10. November 2006 (06.3635) am 6. Mai 2009 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft über die Festlegung der Vorbedingungen zur Finanzierung der Begleitmassnahmen, welche bei Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich und/oder eines Abkommens mit der WTO zu treffen sind, ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 25. Februar 2009 eine Botschaft verabschiedet, in der er die Schaffung einer Spezialfinanzierung gemäss Finanzhaushaltsgesetz FHG Art. 53 für Begleitmassnahmen zu Abkommen im Bereich Landwirtschaft vorschlägt.
- ▶ **Der 10. Agrarbericht, welcher sich der Nachhaltigkeit der Landwirtschaft widmen wird, ist publiziert.**  
Der 10. Agrarbericht des BLW wurde am 18. November 2009 publiziert. Gleichzeitig hat das BLW in einem Separatdruck eine Bilanz zu «10 Jahre neues Landwirtschaftsgesetz» veröffentlicht.
- ▶ **Gestützt auf die Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Begleitmassnahmen, welche bei Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich und/oder eines Abkommens mit der WTO zu treffen sind, sind in Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen die zu ergreifenden Instrumente bestimmt und die Grundlagen für deren Umsetzung und deren Finanzierung erarbeitet.\***  
Die Arbeitsgruppe hat den Bericht zu den Begleitmassnahmen am 8. Juli 2009 dem EVD übergeben. Das EVD hat den Bericht zur Kenntnis genommen und analysiert.

- ▶ **Der Bericht «Weiterentwicklung des Importsystems von Fleisch» als Umsetzung der Motion Büttiker 06.3735 vom 18. Dezember 2006 ist publiziert.\***

Der Bundesrat hat den Bericht «Weiterentwicklung des Importsystems von Fleisch» in Erfüllung der Motion Büttiker (06.3735) vom 18. Dezember 2006 am 6. Mai 2009 verabschiedet.

### **Ziel 13: Schutz der natürlichen Ressourcen**

*Realisiert*

- ▶ **Der Bericht in Erfüllung des Postulats Stadler 08.3270 «Nahrungsmittelkrise, Rohstoff- und Ressourcenknappheit» ist veröffentlicht.\***

Der Bundesrat hat den Bericht «Nahrungsmittelkrise, Rohstoff- und Ressourcenknappheit» in Erfüllung des Postulats Stadler vom 29. Mai 2008 (08.3270) am 19. August 2009 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht in Erfüllung des Postulats WAK-S 06.3637 «Ausgeglichene Düngerbilanz» ist veröffentlicht.**

Der Bundesrat hat den Bericht «Ausgeglichene Düngerbilanz im Zusammenhang mit Abnahmeverträgen für Hofdünger und Hofdüngertransporte» in Erfüllung des Postulats vom 10. November 2006 (06.3637) am 24. Juni 2009 verabschiedet.

### **Ziel 14: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich HFKG**

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich HFKG ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) am 29. Mai 2009 verabschiedet.

### **Ziel 15: Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2010–2013**

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2010–2013 ist verabschiedet.\***

Das Abkommen über die Teilnahme der Schweiz wurde am 6. August 2009 parafiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. September 2009 verabschiedet.

## Ziel 16: Schweizerische BFI-Aussenpolitik

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe EDI/EVD/EDA über die Ausgestaltung der schweizerischen Aussenpolitik im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation ist verabschiedet und die Schwerpunkte und Prioritäten der Tätigkeiten dieser Departemente sind festgelegt.**

Die interdepartementale Arbeitsgruppe legte den konsolidierten Berichtsentwurf im September 2009 plangemäss vor. An der Sitzung der Steuerungsgruppe vom 28. September 2009 wurden Änderungen vorgeschlagen, die noch geprüft werden. Auf Grund dieser neuen Abklärungen war die Verabschiedung des Berichts durch den Bundesrat vor Ende 2009 nicht möglich.

## Ziel 17: Weiterbildungspolitik

*Realisiert*

- ▶ **Der Weiterbildungsbericht ist gutgeheissen und die Stossrichtung eines Weiterbildungsgesetzes ist festgelegt.\***

Der Bundesrat hat am 4. November 2009 den Bericht über eine neue Weiterbildungspolitik zur Kenntnis genommen und das EVD und EDI ermächtigt, den Bericht zu veröffentlichen. Das EVD wurde beauftragt, die Arbeiten an einem Grundsatzgesetz ohne Fördertatbestände weiterzuführen und dem Bundesrat bis Ende der Legislaturperiode 2011 einen Vernehmlassungsentwurf samt erläuterndem Bericht vorzulegen.

## Ziel 18: Revision der Verordnung über die Berufsmaturität

*Realisiert*

- ▶ **Die neue Berufsmaturitätsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet. Die Übergangsbestimmungen sind festgelegt.**

Der Bundesrat hat am 24. Juni 2009 die Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität und deren Inkrafttreten auf den 1. August 2009 gutgeheissen. Die Arbeiten im Hinblick auf die neuen Rahmen- und Schullehrpläne sind eingeleitet.

## Ziel 19: Berufsausübung bei den Gesundheitsberufen

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat die Stossrichtung für die künftige Regelung der Berufsausübung bei den Gesundheitsberufen festgelegt und die nötigen Aufträge erteilt.\***

Das von EVD und EDI gemeinsam erarbeitete Aussprachepapier liegt vor, konnte allerdings knapp nicht mehr im gleichen Jahr dem Bundesrat unterbreitet werden.

## Ziel 20: Bericht «Wissens- und Technologietransfer verbessern»

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats Loepfe (07.3832 Wissens- und Technologietransfer verbessern) eine Analyse der Rahmenbedingungen für den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie Vorschläge für eine Verbesserung, insbesondere in Bezug auf die Nutzung der Eigentumsrechte, vorgelegt.\***

Der Berichtsentwurf liegt vor. Er wird aktuell hinsichtlich der Weiterentwicklung der Massnahmen bearbeitet, bevor er dem Bundesrat unterbreitet wird.

## Ziel 21: Förderung der Tiergesundheit

*Realisiert*

- ▶ **Die Tiergesundheitsstrategie Schweiz 2010 plus ist erarbeitet.**  
Die Tiergesundheitsstrategie Schweiz 2010 plus ist vom BVET in Zusammenarbeit mit Vertretern der kantonalen Veterinärdienste erarbeitet worden.
- ▶ **Eine Änderung des Tierseuchengesetzes zur Sicherstellung einer aktiveren und schnelleren Tierseuchenprävention (08.3012 Motion Zemp) ist initiiert.**  
Eine erste Ämterkonsultation wurde durchgeführt und ausgewertet.
- ▶ **Die Ausrottung der BVD (Bovine Virus-Diarrhoe) ist beendet und in ein Überwachungsprogramm übergeführt.**  
Praktisch die gesamte Rinderpopulation der Schweiz wurde auf BVD getestet. Rund 12'000 infizierte Tiere wurden geschlachtet. Für die Betriebe, die heute frei von BVD sind, hat die Überwachungsphase begonnen. Neugeborene Kälber werden weiterhin getestet.
- ▶ **Die Blauzungenkrankheit ist durch eine nationale Impfkampagne erfolgreich eingedämmt.**  
Die bisherigen, international koordinierten Impfkampagnen waren sehr erfolgreich und die Seuchensituation hat sich im Jahr 2009 stark entspannt. In der Schweiz traten 2009 keine Neuansteckungen mehr auf. Grössere Schäden konnten somit von der Landwirtschaft abgewendet werden.

## Ziel 22: Sicherheitspolitik umsetzen

*Realisiert*

- ▶ **Die revidierten Verordnungen, welche in Folge der Revision des Zivildienstgesetzes erforderlich wurden und die Einführung der Tatbeweislösung ermöglichen, sind verabschiedet.**  
Der Bundesrat hat die Verordnungsrevisionen am 6. März 2009 verabschiedet und auf den 1. April 2009 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Das neue Zulassungsverfahren (Tatbeweislösung) ist eingeführt.**

Das neue Zulassungsverfahren gilt seit dem 1. April 2009.

### **Ziel 23: Neuorientierung der Wohnungspolitik**

*Nicht realisiert*

- ▶ **Gemäss den Vorgaben der Aufgabenüberprüfung ist ein Vorschlag zur Revision des Wohnraumförderungsgesetzes WFG erarbeitet.**

Das Projekt «Aufgabenüberprüfung» hat sich verzögert, weshalb der Revisionsvorschlag noch nicht vorliegt.

- ▶ **Eine revidierte Verordnung zum Mietrecht liegt im Entwurf vor.**

Nachdem der Erstat in der Sommersession 2009 nicht auf die OR-Revision eingetreten ist, sind die Arbeiten an der Verordnung zurückgestellt worden.

### **Ziel 24: Sicherstellung der langfristigen Finanzierung der Nahrungsmittelpflichtlagerhaltung**

*Realisiert*

- ▶ **Die Vorabklärungen über einen Systemwechsel in der Finanzierung der Nahrungsmittelpflichtlagerhaltung im Zusammenhang mit einem Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich sind getroffen.**

In einem gemeinsamen Bericht des BLW und BWL vom Juni 2009 wurden verschiedene Optionen der Finanzierung von Lager- und Kapitalkosten der Pflichtlager im Bereich Lebens- und Futtermittel aufgezeigt.

## Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

### Ziel 1: Weiterführung der Bahnreform

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Vollzugserlasse zur ersten Zusatzbotschaft Bahnreform 2 (Röve) sind vom Bundesrat beschlossen.\***  
Der Bundesrat hat am 4. und 11. November 2009 die Verordnungen zur Umsetzung von Röve verabschiedet.
- ▶ **Die zweite Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Die Vorbereitung der Botschaft zur Interoperabilität der Eisenbahnen (zweites Teilpaket der Bahnreform 2) verzögerte sich aufgrund von Ergänzungen auf Wunsch der parlamentarischen Kommissionen und Anpassungen aufgrund aktueller Entwicklungen. Der Bundesrat hat vom 24. Juni bis 16. Oktober 2009 eine Vernehmlassung durchgeführt.

### Ziel 2: Weiterführung der Güterverkehrspolitik

*Realisiert*

- ▶ **Die Vollzugserlasse zur Güterverkehrsvorlage sind verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 4. November 2009 die Verordnungen zur Umsetzung der Güterverkehrsvorlage verabschiedet.
- ▶ **Der Verlagerungsbericht 2009 ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 27. November 2009 den Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2009 (Verlagerungsbericht Januar 2007–Juni 2009) zuhanden der zuständigen parlamentarischen Kommissionen verabschiedet.

### Ziel 3: Festlegung der künftigen Schifffahrtspolitik

*Realisiert*

- ▶ **Der Bericht über die künftige Schifffahrtspolitik ist verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 14. Oktober 2009 den Bericht über eine künftige Schifffahrtspolitik verabschiedet.

#### Ziel 4: Luftfahrtpolitik: Sicherstellung einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft über die erste Teilrevision des Luftfahrtgesetzes ist vom Bundesrat genehmigt.\***  
Der Bundesrat hat am 20. Mai 2009 die Botschaft verabschiedet. Mit der ersten Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG) werden Leitsätze des Berichts über die Luftfahrtpolitik der Schweiz aus dem Jahr 2004 umgesetzt und präzisere Rechtsgrundlagen für die Aufsichtstätigkeit des BAZL geschaffen.
- ▶ **Die Ausführungsgesetzgebung zur Änderung von Artikel 86 BV (Spezialfinanzierung Luftverkehr) ist eingeleitet.**  
Am 25. November 2009 haben Volk und Stände die Verfassungsänderung angenommen. Die Arbeiten für die Ausführungsgesetzgebung sind eingeleitet.
- ▶ **Die Gespräche mit Deutschland betreffend Anflugverfahren Zürich sind fortgeführt.**  
Die geplante gemeinsame Lärmbelastungsanalyse konnte im Herbst 2009 abgeschlossen werden und ein Verhandlungsvorschlag ist vorbereitet.
- ▶ **Der Entwurf des SIL-Objektblattes Zürich liegt vor.**  
Die Kommunikation über die Entscheide zum Schlussbericht über den SIL-Koordinationsprozess fand am 15. Dezember 2009 statt.

#### Ziel 5: Stärkung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien

*Realisiert*

- ▶ **Die Botschaft über die Änderung des Energiegesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat am 24. Juni 2009 die Botschaft zur Änderung des Energiegesetzes verabschiedet. Mit der Teilrevision wurde die gesetzliche Grundlage für einen nationalen Gebäudeenergieausweis geschaffen sowie die kantonalen Förderprogramme verstärkt.
- ▶ **Die Energieverordnung ist geändert.**  
Der Bundesrat hat am 24. Juni 2009 die Revision der Energieverordnung verabschiedet und damit Effizienzanforderungen für Haushaltgeräte, Elektromotoren und elektronische Geräte festgelegt, die ab Januar 2010 verkauft werden.



## Ziel 6: Intensivierung der Energieaussenpolitik

*Realisiert*

### ► **Der Dialog mit Nachbarländern und der EU ist intensiviert.\***

Im Rahmen der aktiveren Energieaussenpolitik, die vom UVEK in Zusammenarbeit mit dem EDA und dem EVD umgesetzt wird, konnten mit der Türkei und mit den Vereinigten Arabischen Emiraten Vereinbarungen zur engeren Zusammenarbeit im Energiebereich abgeschlossen werden. Mit den Nachbarländern Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich haben 2009 enge und intensive Kontakte und Gespräche über eine breite Palette von Themen im Energiebereich stattgefunden. Mit Frankreich ist in diesem Rahmen ein Abkommen abgeschlossen worden, welches die Gleichbehandlung der schweizerischen und französischen Endkunden bei Gasengpässen garantiert. Gleichzeitig wurden die bilateralen Verhandlungen mit der EU im Strombereich weitergeführt.

## Ziel 7: Ausbau Netze, weitere Nutzung der Kernenergie und nukleare Entsorgung klären

*Teilweise realisiert*

### ► **Die Änderung des Sachplans Übertragungsleitungen sowie der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen und der Raumplanungsverordnung sind vom Bundesrat beschlossen.\***

Der Bundesrat hat am 6. März 2009 die strategischen Netze für die allgemeine Versorgung und die Bahnstromversorgung sowie die bis 2015 zu realisierenden Leitungsbauprojekte in den Sachplan Übertragungsleitungen aufgenommen.

Die Änderungen der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen und der Raumplanungsverordnung sind vom Bundesrat verabschiedet und am 1. September 2009 in Kraft gesetzt worden.

### ► **Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Kernenergiehaftpflichtverordnung ist eröffnet.**

Das Vernehmlassungsverfahren konnte nicht wie geplant eröffnet werden, da die Erarbeitung der versicherungsmathematischen Grundlagen für die Berechnung der Bundesprämie und die Erstellung des damit zusammenhängenden Gutachtens wesentlich mehr Zeit beanspruchte als angenommen.

## Ziel 8: Optimierung der Leistungsfähigkeit und der Nutzung der Infrastruktur

*Realisiert*

### ► **Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Engpassbeseitigung bei Nationalstrassen ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 11. November 2009 die erste Programmbotschaft zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und zur Freigabe von Mitteln verabschiedet.

► **Die Vernehmlassung zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz ist abgeschlossen.\***

Die Vernehmlassung wurde bereits im zweiten Halbjahr 2008 durchgeführt. Es waren aber wegen unterschiedlicher Positionen bei der Finanzierung und bezüglich der Kompensation weitere Konsultationen und Gespräche insbesondere zwischen Bund und Kantonen nötig. Die Departementsvorsteher des UVEK und EFD sowie der Präsident der kantonalen Direktoren-Konferenzen haben anfangs 2009 eine gemischte Arbeitsgruppe eingesetzt, welche Vorschläge für die Umsetzung einer Option «Teilkompensation» ausarbeitet.

► **Die Vernehmlassung von «Via Sicura, Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr» ist abgeschlossen und ausgewertet.**

Die Vernehmlassung zum Handlungsprogramm «Via Sicura» wurde im März 2009 abgeschlossen. In der Folge wurden die Ergebnisse ausgewertet. Der Antrag für das weitere Vorgehen ist vorbereitet.

► **Die Konsolidierungsphase nach Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist, insbesondere im Bereich der Nationalstrassen, weitgehend abgeschlossen.**

Am 1. Januar 2008 sind die Nationalstrassen von den Kantonen in die Verantwortung des Bundes übergegangen. Übertragen wurde auch die Kompetenz für das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen.

Die Aufgaben wurden planmässig übernommen, die Konsolidierungsphase verlief weitgehend problemlos. Die Zentrale des Bundesamtes für Strassen mit Amtssitz in Ittigen, die fünf Filialen und die Verkehrsmanagementzentrale haben sich gut in die neuen Aufgaben eingearbeitet.

► **Die Botschaft zum Bundesbeschluss über das Programm Agglomerationsverkehr (Agglomerationsprogramm) ist vom Bundesrat verabschiedet. Damit wird die Mitfinanzierung von Agglomerationsprogrammen gestützt auf das Infrastrukturfondsgesetz gesichert.\***

Der Bundesrat hat am 11. November 2009 die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2011 für das Programm Agglomerationsverkehr verabschiedet.

## Ziel 9: Klimapolitik für die Zeit nach 2012 definieren

*Realisiert*

► **Die Botschaft über den Nachfolgeerlass zum CO<sub>2</sub>-Gesetz ist verabschiedet. Sie enthält Reduktionsziele und Massnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Schweizer Klimapolitik nach 2012 (Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und eidgenössische Volksinitiative «Für ein gesundes Klima») am 26. August 2009 zuhanden des Parlaments verabschiedet.

## Ziel 10: Langfristige Finanzierung von Präventionsmassnahmen gegen Naturgefahren

*Teilweise realisiert*

### ► Die Botschaft zur dritten Rhonekorrektur ist verabschiedet.\*

Der Bundesrat hat die Botschaft betreffend des Rahmenkredites für die Realisierung der ersten Etappe der 3. Rhonekorrektur (R3) in den Jahren 2009–2014 am 13. Mai 2009 zuhause des Parlaments verabschiedet.

### ► Eine Vernehmlassungsvorlage zur Finanzierung von präventiven Massnahmen zum Schutz von Naturgefahren ist vorbereitet.\*

Die Studien zur Finanzierung von präventiven Massnahmen zum Schutz vor Naturgefahren zeigen einen Anpassungsbedarf auf Verfassungsebene. Die Prüfung, ob ein entsprechender Verfassungsartikel lanciert werden soll, ist in Zusammenarbeit mit der EFV im Gange.

## Ziel 11: Nachhaltige Entwicklung der Raumplanung

*Nicht realisiert*

### ► Das Raumkonzept ist vom Bundesrat verabschiedet.\*

Im Rahmen der tripartiten Projektorganisation wurde beschlossen, die Anhörung zum Raumkonzept auf 2010 zu verschieben, um die Akzeptanz für alle beteiligten Partner zu optimieren.

### ► Die Botschaft zum revidierten Raumplanungsgesetz als Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative ist vom Bundesrat gutgeheissen.\*

Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf für ein neues Raumentwicklungsgesetz, mit dem das geltende Raumplanungsgesetz (RPG) hätte abgelöst werden sollen, hat zu sehr kontroversen Ergebnissen geführt. Die Idee einer Totalrevision des RPG konnte nicht weiterverfolgt werden. Stattdessen wurde – in Zusammenarbeit mit den Kantonen sowie mit dem Städte- und dem Gemeindeverband – eine Vorlage zu einer Teilrevision des RPG erarbeitet, die sich ausschliesslich auf jene Bereiche beschränkt, die Gegenstand der Landschaftsinitiative bilden. Daraus resultierte eine Verzögerung gegenüber der ursprünglichen Planung.

## Ziel 12: Botschaft zur Totalrevision der Postgesetzgebung

*Realisiert*

### ► Die Botschaft zur Totalrevision des Postgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.\*

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2009 die Botschaft zur Totalrevision der Postgesetzgebung, zum Postgesetz und zum Postorganisationsgesetz verabschiedet.

